

Migrantenfamilien als Thema der Familienarbeit und Familienpolitik

Leonie Herwartz-Emden, Heike Ritterbusch

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Herwartz-Emden, Leonie, and Heike Ritterbusch. 1997. "Migrantenfamilien als Thema der Familienarbeit und Familienpolitik." In *Familiale Lebenswelten und Bildungsarbeit: interdisziplinäre Bestandsaufnahme 2*, edited by Laszlo A. Vaskovics and Heike Lipinski, 183–226. Opladen: Leske + Budrich.



Leonie Herwartz-Emden unter Mitarbeit von Heike Ritterbusch Migrantenfamilien als Thema der Familienarbeit und Familienpolitik

1. Migration und Bevölkerungsstruktur

Aspekte gegenwärtiger Zuwanderung in Deutschland - Migrationsbewegungen und Folgen

Seit den ersten Anwerbevereinbarungen mit den Anrainerstaaten des Mittelmeers vor 40 Jahren¹ haben fast sieben Mio. Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland auf Dauer ihren Wohnsitz genommen, hinzu kommen hunderttausende von Aussiedlern aus Osteuropa. Ca. jede/r fünfte ausländische Staatsangehörige stammt aus einem EU-Mitgliedsland.

1993 stellten die Türken die größte Gruppe mit 1,92 Mio. (27,9 %), gefolgt von Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 930.000 (13,5 %), den Italienern mit 563.000 (8,2 %), den Griechen mit 352.000 (5,1 %), den Polen mit 261.000 (3,8 %) und neben anderen den Spaniern mit 133.000 (1,9 %) (Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (Hg.), S. 9, 1994). Trotz des langen Aufenthaltes eines grossen Teiles der in Deutschland lebenden Ausländer gibt es ständige Abwanderung, aber auch Neuzuwanderung. Im Jahre 1994 gab es ein effektives Wanderungsplus von ca. 100.000 Personen - wobei allerdings ein großer Teil dieses Zuwachses auf das Konto des Krieges im ehemaligen Jugoslawien ging. Zu den Kriegsflüchtlingen addierten sich im gleichen Jahr noch ca. 10.000 anerkannte Asylbewerber. Der Wanderungssaldo war zwischen 1988 und 1992 durchgehend positiv mit einer steigenden Tendenz. Jedoch gibt es zwischen den einzelnen Einwanderergruppen deutliche Unterschiede², die weiter unten dargelegt werden.

¹ Zwischen 1955 und 1973 wurden über zwischenstaatliche Anwerbevereinbarungen mit den Ländern Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Portugal, dem ehem. Jugoslawien, Marokko und Tunesien ausländische ArbeitnehmerInnen in die Bundesrepublik Deutschland angeworben.

² In den Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer vom Oktober 1994 werden Angaben über Fortzüge, Zuzüge bzw. Wanderungssalden der einzelnen Einwanderergruppen gemacht. Diese gruppenspezifischen Daten liegen dort bis 1992 vor.

In den letzten Jahren ist ein Umbruch im Wanderungsgeschehen zu beobachten, der dieses teilweise sehr unübersichtlich macht: Einwanderer und Arbeitsmigranten sind schwer zu differenzieren von anderen Zuwanderergruppen wie Asylbewerbern und illegalen Einwanderern. Flotierende Bevölkerungen wie in der frühen Neuzeit und im Mittelalter (Bade, 1996) werden zur Regelausscheidung im Großraum Europa.

Ein sehr wichtiger Aspekt des gegenwärtigen Wanderungsgeschehens liegt in der Zunahme der Aussiedlereinwanderung. Von Ende 1951 bis Ende 1988 passierten 1,6 Mio. Aussiedler die Grenzdurchgangslager im Westen. Ihre Aufnahme vollzog sich weitgehend im stillen. Ab 1987, nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“, zogen die Aussiedlerzahlen scharf an: Sie übersprangen die bisherige Höchstmarke von 200.000 pro Jahr und erreichten Ende 1989 die Höhe von 377.055 Personen. Sie stiegen im Folgejahr nur noch verhalten (397.073) und gingen 1991 trotz hoher Antragszahlen stark zurück (221.995). Damit begann eine Verstetigung dieser Zuwanderung auf hohem Niveau (1992: 230.565; 1993: 218.888; 1994: 222.591; 1995: 217.898).

Mit der Entwicklung der Aussiedlerzuwanderung zu einer Massenbewegung wurde die Aussiedlerintegration zu einer gesellschaftlichen Herausforderung. Bis zu dem dramatischen Anstieg der Zahlen gelang die Eingliederung - dank breit angelegter finanzieller Eingliederungshilfen durch Bund und Kommunen - sehr gut. Parallel zum Anstieg der Aussiedlerzuwanderung wurden jedoch diese Eingliederungshilfen unter dem steigenden Haushaltsdruck vermindert. Da sowohl Sprachkurse als auch berufliche Umschulungs- und Eingliederungsmaßnahmen sehr gekürzt wurden, ist vielen Aussiedlern der Einstieg in den Arbeitsmarkt verwehrt - wobei Frauen hiervon weit mehr getroffen sind als Männer. Nach einem halben Jahr Arbeitslosengeld bzw. -hilfe ergibt sich für viele die Abhängigkeit von der Sozialhilfe. Vor diesem Hintergrund protestieren die Kommunen gegen weiteren ungehinderten Aussiedlerzug. Auch auf der politischen Bühne wird das Problem zur Zeit von der SPD öffentlich angesprochen und eine Beschränkung der Aussiedlerquoten gefordert.

Aussiedler sind Einwanderer - nicht im rechtlichen, aber im sozialen, kulturellen und mentalen Sinne (Bade, 1995). Aussiedler haben - im Gegensatz zu Ausländern - einen den deutschen StaatsbürgerInnen gleichgestellten Rechtsstatus. Sie sind deshalb in ihrer alltäglichen Existenz nicht mit den vielfältigen Unsicherheiten, die sich für die anderen Zuwanderergruppen aus den spezifischen ausländer- und aufenthaltrechtlichen Bestimmungen ergeben, konfrontiert. Dennoch gleicht die Eingliederung der Aussiedler in Deutschland - trotz jahrelanger Eingliederungshilfen und erheblicher Status-

vorteile gegenüber anderen Zuwanderergruppen - einem „echten“ Einwanderungsprozeß mit allen damit verbundenen Schwierigkeiten:

Einwanderer nach Deutschland wandern in eine westliche Marktwirtschaft, in eine Konsum- und Leistungsgesellschaft ein, deren Strukturen ihnen weitgehend unbekannt sind. Ihr Niederlassungsprozeß ist durch Bruchstellen gekennzeichnet, die sich im Wissens-, Werte- und Kommunikationsbereich ausmachen lassen. Zusätzlich treffen sie auf ein fremdenfeindliches Klima, geraten in eine Lebenssituation, die von zahlreichen Ausgrenzungen und Diskriminierungen gekennzeichnet ist.

Einwanderung nach Deutschland basiert auf einer für diesen Staat existentiellen Notwendigkeit: Die deutsche Gesellschaft ist auf Zuwanderung angewiesen, denn ihr Altersaufbau ist ein negativer (vgl. im folgenden). D. h., Zuwanderer garantieren das Funktionieren des deutschen Arbeitsmarktes. Langfristig fördert die Zuwanderung von Arbeitnehmern die Stabilisierung des Erwerbspotentials auch bei sinkender Zahl der erwerbsfähigen Deutschen. Nur so bleibt das Niveau der Sozialversicherung auch für künftige Generationen finanzierbar (Körner, 1996).

Theoretische Annahmen über gesellschaftliche Prozesse der Modernisierung, der Individualisierung, die Migranten systematisch vernachlässigen, teilweise ignorieren (Beck, 1986 und 1994) bzw. als Sonderproblem behandeln, erweisen sich - auch auf diesem Hintergrund - als unhaltbar (siehe die Kritik von Bommes 1990, 1992 zur gesellschaftstheoretischen Behandlung türkischer Jugendlicher sowie die umfangreichen Untersuchungen von Nauck 1994)³. Grundsätzlich betrachtet, setzen Modernisierung und Individualisierung Migration voraus: Bevölkerungsimport - als ein Mechanismus moderner Wohlfahrtsgesellschaften - trägt zur Stabilisierung der Aufnahmegesellschaft bei und nicht zu ihrer Anomisierung, da allen Beteiligten im Verteilungskampf um ökonomische und soziale Ressourcen eine positive Bilanz ermöglicht wird (Nauck, S. 208, 1994). Die durch Zuwanderung be-

³ Bommes stellt fest, daß "Migranten in den kulturellen Formen ihres Lebens in der Gesellschaft, in der sie eingewandert sind, eben solche strukturell eingebauten Individualisierungszumutungen leben, wie sie auch ansonsten als bestimmend für das Leben in modernen Industriegesellschaften gekennzeichnet werden. ... Das muß aus theoretischer Sicht allein deshalb überraschen, weil doch insbesondere bei den Migrantengruppen Umbruchprozesse der kulturellen Bearbeitung von Zumutungen, wie sie mit den Modernisierungsschüben verbunden sind, geradezu verdichtet zu beobachten sind." (Bommes, S.67, 1992). Nach Nauck sind Migranten ein Musterbeispiel von individualisierter Lebensführung. "Gerade Migrantenfamilien aus vormodernen und Übergangsgesellschaften durchlaufen im historischen Zeitraffer - und häufig genug innerhalb einer Generation - den Wandel von verwandtschaftlich organisierten Zweckverbänden mit starken geschlechts- und generationsspezifischen Rollenpräskriptionen agrarisch-segmentärer Gesellschaften hin zum für funktional-komplex organisierte Gesellschaften bestangepaßten Typus der modernen Gattenfamilie mit hohem Selbstregulierungspotential" (Nauck, S. 206, 1994).

dingten Arbeitsmarkteffekte sind sowohl bereichs- als auch situationsabhängig - die Haupteffekte hierbei sind die der sogenannten Komplementarität (Unterschichtung) und der Substitution. Auf lange Sicht begünstigt die Ausländerbeschäftigung die Kapitalbildung - was wiederum ein höheres Produktivitätswachstum und damit ein Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen bewirkt (Körner, 1996).

Für die Erwerbstätigkeit der Frau zeigt sich folgender Effekt: Wie für andere europäische Gesellschaften - und auch für die USA - gilt in Deutschland, daß die Höherqualifizierung der einheimischen Frau sowie ihre Erwerbsbeteiligung in Qualität und Quantität von der (zunehmenden) Beschäftigung von Migrantinnen in Privathaushalten abhängig ist (Rerrich, 1994 für Deutschland, Campani, 1992 für Italien). Nach Schätzungen arbeiten bis zu 2,4 Mio. Frauen in Westdeutschland in Privathaushalten in nicht erfaßten Arbeitsverhältnissen - wobei davon auszugehen ist, daß der Ausländerinnenanteil daran sehr hoch ist (Sonderforschungsbereich 333 München: Veränderungen in der Arbeitsteilung von Personen).

*Demographische Merkmale der gegenwärtigen Migrantenbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland -
Die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung*

In den 60er Jahren zeichnete sich die Population der Migranten in Deutschland dadurch aus, daß der größte Teil alleinlebende Männer mittleren Alters (20-40 Jahre) waren, die als Arbeitnehmer über Anwerbeverträge in die Bundesrepublik eingereist waren. Nicht zu übersehen ist dabei allerdings der Anteil weiblicher Migranten, der in den meisten Untersuchungen unerwähnt bleibt. Schätzungen zufolge waren Anfang der 70er Jahre ca. 10 % der hier lebenden verheirateten Ausländerinnen Migrantinnen, die als Pioniermigrantinnen zu bezeichnen sind und ohne Familie bzw. ohne Ehepartner zur Arbeitsaufnahme einreisten (Borris, 1973; Repräsentativuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit, 1985).

Die Anzahl ausländischer Familien hat zugenommen: Nach Einschätzung der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer leben mittlerweile (1993) 83 % der ausländischen Bevölkerung in Familien (Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, S. 53, 1994). Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung Westdeutschlands lag 1990 bei 8,2 % und Ende 1993 in den alten Bundesländern bei 8,5 %, was einer Gruppe von ca. 6,6 Mio. entspricht; in den neuen Bundesländern liegt der Anteil bei 1,15 %, was ca. 212.000 Personen entspricht (demnach leben ca. 97 % aller AusländerInnen in den alten und 3 % in den

neuen Bundesländern). Hinzu kommt die Zuwanderung einer erheblichen Menge deutscher AussiedlerInnen aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern.

Hinsichtlich der Familiengröße bestehen erhebliche nationale Unterschiede: Spanische Familien und Familien aus dem ehemaligen Jugoslawien haben vorwiegend bis zu zwei Kinder (durchschnittlich 1,8), Familien aus der Türkei haben je zu ca. einem Drittel ein, zwei, drei und mehr Kinder (durchschnittlich 2,2). Ohne Kinder leben hier am häufigsten Familien aus dem ehemaligen Jugoslawien (46,6 %), gefolgt von spanischen (38,1 %) und türkischen Familien (26,1 %) (Daten nach Mikrozensus 1991 und Statistisches Jahrbuch 1992, zit. nach Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, S.56, 1994).

In den 80er Jahren haben viele AusländerInnen der 1. Generation das Rentenalter erreicht; viele leben in Familien zusammen mit der 2. Generation (Frauen/Männer und Kinder, die im Rahmen des Familiennachzugs eingereist sind). Viele werden Großeltern, d. h., es gibt bereits eine 3. Generation: die in Deutschland geborenen Enkelkinder der einstigen Arbeitsmigranten. Die große Mehrheit der hier lebenden AusländerInnen ist aufgrund ihrer langen Aufenthaltsdauer de facto eingewandert.

1991 lebten 2,48 Mio. Kinder und Jugendliche unter 25 Jahren mit ausländischem Paß in Deutschland; das entspricht einem Anteil von 9,4 % aller in Deutschland Lebenden dieser Altersgruppe. Von den 1992 Geborenen hatte jedes achte Kind ausländische Eltern (Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer 1994, S. 56). Der Anteil der türkischen Kinder liegt dabei bei mehr als 50 % (Geißler, S.155 und 161, 1992).

Die hier angesprochenen Veränderungen des Altersaufbaus der ausländischen Bevölkerung schlagen sich u.a. in einem sinkenden Anteil der Erwerbstätigen nieder:

Anteil der Erwerbstätigen:	60er Jahre	1990
insgesamt:	70 %	36 %
Frauenanteil:	31 %	45 %

In den 90er Jahren gibt es mehr Kinder und Jugendliche, aber auch mehr ältere Menschen. Die ausländische Bevölkerung umfaßt demnach gegenwärtig nicht mehr allein nur Migrantinnen und Migranten, die zum Zwecke der Arbeitsaufnahme nach Deutschland kamen, sondern alle Altersstufen vom Kind bis zum Rentner (Nauck, S. 281, 1988):

„Drei Steuerungsmaßnahmen der Aufnahmegesellschaft Deutschland haben erheblichen Einfluß auf den demographischen Aufbau der ausländischen Wohnbevölkerung genommen; sie markieren zugleich 10-Jahres-Intervalle des sozialstrukturellen Wandels: 1. die Anfang der 60er Jahre verstärkt einsetzende Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, 2. das ab 1973

ausgesprochene Anwerbeverbot und 3. die ab 1983 verstärkten Rückwanderungsmaßnahmen durch finanzielle Rückwanderungsanreize und juristische Verbleibbarrieren.“

Die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung unterscheidet sich von der deutschen bzw. ansässigen Bevölkerung in folgender Hinsicht: Immer mehr EinwanderInnen der 1. Generation erreichen das Rentenalter, dennoch überwiegen im Jahre 1992 die Anteile der „ökonomisch aktiven“ Generation (2. Generation) und die der Kinder und Jugendlichen (3. Generation). Im Gegensatz dazu ist die Altersstruktur der ansässigen Bevölkerung durch einen wachsenden Anteil älterer Menschen (sogenannte Überalterung) und einen geringeren Anteil an Kindern und Jugendlichen - bedingt durch einen anhaltenden Geburtenrückgang - gekennzeichnet (Landessozialbericht NRW, Bd. 6, S. 51, 1994).

Aufenthaltsdauer in Jahren

Die Population der ausländischen Bevölkerung war nicht bestandsstabil, denn die große Mehrheit ist in ihre Heimat zurückgekehrt: Zwischen 1961 und 1987 zogen ca. 15 Mio. AusländerInnen nach Deutschland, aber ca. 11 Mio. haben das Land wieder verlassen. Im Verlauf der 80er Jahre vollzieht sich jedoch ein Wandel in den Orientierungen. Nur noch ein kleiner Anteil hat konkrete Pläne für eine Rückkehr (1989: 11 %). Zwischen 1980 und 1987 verdoppelte sich der Anteil der AusländerInnen, der mindestens 10 Jahre in Deutschland wohnte, von 30 % auf 60 % und Ende 1988 lebten 43 % länger als 15 Jahre in Deutschland. Von den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren waren Ende 1987 bereits 64 % hier geboren (Geißler, S.155, 1992).

Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung im Bundesgebiet am 31.12.1993:

a) alle AusländerInnen (insg. 6.878.100):		b) AusländerInnen aus den ehemaligen Anwerberstaaten (4.421.600):	
20 und mehr Jahre:	27,4 %	20 und mehr Jahre :	33,6 %
10 bis 20 Jahre:	22,0 %	10 bis 20 Jahre:	26,0 %
6 bis 10 Jahre:	9,4 %	6 bis 10 Jahre:	7,5 %
4 bis 6 Jahre:	8,4 %	4 bis 6 Jahre:	6,9 %
1 bis 4 Jahre:	23,8 %	1 bis 4 Jahre:	18,8 %
bis 1 Jahr:	9,0 %	bis 1 Jahr:	7,3 %

Quelle: Ausländer in Deutschland/AiD, 2/1995, 11. Jg., S.8; Daten: Statistisches Bundesamt sowie Berechnungen durch Isoplan

Mögliche Gründe für den Verbleib in der Aufnahmegesellschaft (Nauck, S. 282, 1988)⁴:

- die Mehrheit der AusländerInnen fühlt sich in Deutschland wohl;
- Rücksichtnahme auf die Schullaufbahn und Wünsche der Kinder;
- Furcht vor Reintegrationsproblemen in den Heimatländern (z.T. niedrigerer Lebensstandard, hohe Arbeitslosigkeit);
- Interesse der Arbeitgeber/Firmen, ausländische Arbeitskräfte zu halten.

Die räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerung

Die ausländische Bevölkerung verteilt sich sehr unterschiedlich auf das gesamte Bundesgebiet. Zum einen konzentriert sie sich auf Großstädte und industrielle Ballungsgebiete (Stadt-Land-Gefälle), zum anderen leben fast $\frac{3}{4}$ aller EinwanderInnen in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen (Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer S. 9, 1994).

Darüber hinaus läßt sich starkes West-Ost-Gefälle beobachten, das sich durch die sehr unterschiedliche Geschichte der Ausländerpolitik im West- und im Ostteil Deutschlands erklären läßt. Die große Mehrheit der MigrantInnen konzentriert sich auf die alten Bundesländer. 97 % aller MigrantInnen (absolut: 6,666 Mio.) leben im früheren Bundesgebiet und Berlin; 3 % (absolut: 212.000) leben in den neuen Bundesländern. Auch die nationale Zusammensetzung der jeweils in den alten bzw. neuen Bundesländern lebenden ausländischen Bevölkerung unterscheidet sich voneinander. Die gegenwärtig noch in den neuen Bundesländern lebenden AusländerInnen kamen über bilaterale Vereinbarungen als sogenannte VertragsarbeiterInnen (aus Vietnam, Mosambik, Angola, Polen und Rumänien); sowohl ihre Arbeitsverträge als auch ihr Aufenthalt unterlagen von vornherein einer Befristung. Entsprechend wurden keine Anstrengungen zu ihrer Integration in die Gesellschaft der ehemaligen DDR unternommen. Kontakte zur deutschen Bevölkerung existierten daher kaum. Nur wenige AusländerInnen in den neuen Ländern besitzen einen sicheren Aufenthaltsstatus, weshalb die meisten von ihnen keine Ansprüche auf Umschulungs- oder Fördermaßnahmen der Arbeitsämter haben (Ausländer in Deutschland - im folgenden kurz AiD genannt - S. 15, 2/95).

⁴ Nauck stellt fest, daß sich bei den MigrantInnen eine Tendenz zum Verbleib in der augenblicklichen Situation bzw. zum Nachholen der in den Herkunftsgesellschaften verbliebenen Familienmitglieder feststellen lasse; Gründe: 1. hohe Eingliederungsmotivation und 2. auch fehlende Alternativen. Indiz: Der Anteil der AusländerInnen mit längerer Aufenthaltsdauer hat ständig zugenommen..

AusländerInnen in den Bundesländern am 1.1.1994

Land	Ausländer absolut	Prozentanteil an der Gesamtbevölkerung
Schleswig-Holstein	131.520	4,9
Hamburg	251.264	14,8
Niedersachsen	445.832	5,8
Bremen	77.493	11,3
Nordrhein-Westfalen	1.886.303	10,6
Hessen	789.867	13,2
Rheinland-Pfalz	275.508	7,0
Baden-Württemberg	1.254.896	12,3
Bayern	1.053.051	8,9
Saarland	72.123	6,7
Berlin-West	353.200	16,2
Berlin-Ost	53.437	4,1
Brandenburg	61.915	2,4
Mecklenburg-Vorpommern	28.702	1,6
Sachsen	61.169	1,3
Sachsen-Anhalt	38.027	1,4
Thüringen	22.563	0,9
Alte BL (incl. Berlin-W)	6.591.057	10,0
Neue BL (incl. Berlin-O)	265.813	1,7

Quelle: AiD, 2/1995, 11. Jg., S. 10/11, Daten: Statistisches Bundesamt und Berechnungen durch Isoplan

Hinsichtlich einer Integrationspolitik im vereinten Deutschland wird grundsätzlich davon ausgegangen, daß die Ausländerfeindlichkeit in den neuen Ländern aus den oben genannten Gründen weitaus stärker ausgeprägt ist als in den alten Bundesländern. Dementsprechend ergeben sich für die Integrationspolitik unterschiedliche Ansätze und Schwerpunkte. In den alten Bundesländern: gesellschaftliche, berufliche und wirtschaftliche „Eingliederung“ als zentrale Bereiche. In den neuen Bundesländern: Abbau von Informationsdefiziten bei der deutschen Bevölkerung, speziell bei LehrerInnen (AiD, S. 15, 2/95).

Die räumliche Verteilung der AussiedlerInnen auf die einzelnen Bundesländer erfolgt nach einem von den Ländern vereinbarten Schlüssel (Wohnortezuweisungsgesetz). Dieses Gesetz wurde 1995 auf Initiative der Bundesregierung um 5 Jahre verlängert. Damit soll einer möglichen Konzentration von AussiedlerInnen in einzelnen Regionen entgegengewirkt werden (Infodienst Deutsche Aussiedler, Nr. 72, S.2, 1995).

Die größte Gruppe der AusländerInnen in Deutschland sind nach wie vor die ArbeitsmigrantInnen und ihre Familien, die seit ungefähr 1960 von Deutschland aus gezielt angeworben wurden; d. h., bis zum heutigen Zeitpunkt sind ca. 11 Mio. Personen aus den Anwerbeländern in Deutschland eingewandert, und ca. 9 Mio. sind in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Im Durchschnitt sind vier von fünf „Gastarbeitern“ (oder ihre Familienangehö-

rigen) zurückgewandert. „Rückkehr“ ist demnach - allein schon in quantitativer Hinsicht - ein sehr bedeutsamer Prozeß (Hopf, Hatzichristou, S. 147, 1994).

Wanderungen (aller in das und aus dem Bundesgebiet gewanderten AusländerInnen):

Jahr	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
1991	920.491	497.476	+ 423.015
1992	1.207.602	614.747	+ 592.855
1993	986.872	710.240	+ 276.632
1994 (1. Hj.)	370.266	305.048	+ 65.218

Quelle: AiD, 2/1995, 11. Jg., S. 8; Daten: Statistisches Bundesamt und Berechnungen durch Isoplan

In den Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (S. 10/ 11, 1994) werden Angaben über Fortzüge, Zuzüge und Wanderungssalden für die einzelnen Einwanderergruppen gemacht. Diese gruppenspezifischen Daten liegen dort bis 1992 vor. Demnach ist der Wanderungssaldo (Fort- und Zuzüge aller Gruppen zusammen) zwischen 1988 und 1992 durchgehend positiv mit steigender Tendenz. Jedoch gibt es zwischen den einzelnen Einwanderergruppen deutliche Unterschiede hinsichtlich der Ausrichtung der Wanderungssalden. So ist die Zuwanderung aus den ehemaligen Anwerbeländern für diesen Zeitraum insgesamt relativ gering. Bei einem gesamten Wanderungssaldo von +592.855 Personen für 1992 entfallen nur ca. 55.000 Personen auf die ehemaligen Anwerbeländer ohne das ehemalige Jugoslawien. Die Zuwanderung aus den ehemaligen Anwerbeländern liegt dabei für 1992 insgesamt bei +296.493 Personen, wobei hier allein 241.931 Personen auf das ehemalige Jugoslawien entfallen:

„Der positive Wanderungssaldo ist in seiner Höhe vor allem durch Zuzüge von Bürgerkriegs- und anderen Flüchtlingen bestimmt“ (ebd. S. 11).

Dagegen gibt es neben den Zuzügen auch Fortzüge in erheblicher Anzahl (z.B. die Gruppe der TürkInnen: 1992 standen 80.568 Zuzügen 40.316 Fortzüge gegenüber). Damit lag der Anteil der Zuwanderung aus den ehemaligen Anwerbeländern 1992 bei nur 9,3 % des gesamten Wanderungssaldos.

Wanderungssalden 1992 für einzelne Einwanderergruppen

Die ausschließliche Betrachtung von Einwanderungsstatistiken birgt die Gefahr, die tatsächlich stattfindenden Wanderungsprozesse aus dem Blick zu verlieren, d. h., neben den Zuwanderungen die Rückwanderungen zu übersehen.

Dieser Tatbestand ist insofern von Bedeutung, als zum einen die Zuwanderungen in der Öffentlichkeit oft einseitig betont werden. Zum anderen

schließen die Wanderungsstatistiken Mehrfachwanderungen ein, d. h. sie geben keine Auskunft darüber, ob ein und dieselbe Person mehrmals nach /aus Deutschland ein- bzw. rückgewandert ist (Pendeln zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland). Darüber hinaus verschleiern Gesamtzahlen (z.B. Wanderungssalden)

”den historischen Wanderungsverlauf über drei Jahrzehnte, in dem es dramatische Wechsel gab, so daß in der deutschen Wanderungsbilanz nicht nur ‘schwarze’, sondern immer wieder auch ‘rote Zahlen’ geschrieben wurden” (Bade, S. 36, 1994a).

Die Zuwanderung aus den ehemaligen Anwerbeländern seit den 80er Jahren ist, sofern der Wanderungssaldo positiv ist, durch Familiennachzug, Heiratsmigration oder durch neue Arbeitsmigration (z.B. Portugiesen) bestimmt. Dem gegenüber hat die Zuwanderung von Flüchtlingen seit den späten 80er Jahren zugenommen (Bade, S 36, 1994a). Ein Beispiel dafür ist der große Anteil von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien in den letzten Jahren - im Vergleich zu der eher geringen Zuwanderung aus den ehemaligen Anwerbeländern. Für die MigrantInnen aus den Hauptanwerbeländern ergibt sich entsprechend folgendes Bild (Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, S. 9-11, 1994):

- Griechen: Der Wanderungssaldo ist zwar positiv, hat jedoch eine abnehmende Tendenz (Rückgang von 1988: 20.292 auf 1992: 7.397).
- Italiener: Der Wanderungssaldo ist seit 1991 kontinuierlich negativ (-2.672).
- Spanier: Der Wanderungssaldo ist seit dem Anwerbestopp 1973 kontinuierlich negativ (-1.058).
- Portugiesen: Der Wanderungssaldo ist schwach positiv (+ 5.232).
- Türken: Ein positiver Wanderungssaldo seit 1988 - beständig zwischen + 40.000 und + 50.000.

Ein Blick auf die Aufenthaltsdauer der ausländischen Wohnbevölkerung zeigt, daß die Mehrheit der Zuwanderer ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland hat: 22 % leben mindestens 10 bis 20 Jahre und 27,4 % sogar 20 und mehr Jahre in Deutschland.

2. Migrantenfamilien und deutsche Familien - Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Die Ausgangslage: Bildungs- und Ausbildungsstand und Erwerbsbeteiligung

ArbeitsmigrantInnen weisen im Vergleich zu den anderen Zuwanderergruppen bzw. zu den Deutschen einen unterdurchschnittlichen Ausbildungsstand auf. Ein großer Teil der ArbeitsmigrantInnen verfügt nur über einen Hauptschulabschluß. Bei den AussiedlerInnen liegen die Anteile derjenigen mit Realschulabschluß oder Abitur wesentlich höher als bei den ArbeitsmigrantInnen.

Diese Unterschiede sind auch auf der Ebene der Berufsausbildung manifest. Hier liegen AussiedlerInnen und Flüchtlinge auf einem vergleichbaren Niveau, d. h., beide Gruppen weisen ein vergleichsweise hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau auf. Knapp 70 % der AussiedlerInnen, jedoch nur 20,7 % der ArbeitsmigrantInnen haben einen Berufsabschluß (Hauser, Kinstler, S. 8f, 1994).⁵ Ferner ist für die ArbeitsmigrantInnen Arbeitslosigkeit die Hauptursache für „Nichterwerbstätigkeit“ (s.u.).

Ein Blick auf die Strukturmerkmale der Arbeitslosigkeit zeigt, daß es große Differenzen zwischen Deutschen und Zuwanderern hinsichtlich der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit gibt.

Heckmann (1992) weist darauf hin, daß ArbeitsmigrantInnen seit 1973 besonders stark von konjunkturellen Krisen und strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes betroffen sind (Segmentierung des Arbeitsmarktes), wobei er feststellt, daß die konjunkturellen Faktoren durch den Strukturwandel noch verstärkt wurden:

„Der Strukturwandel führte zu einem Rückgang der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, dem wichtigsten Beschäftigungsbereich der Arbeitsmigranten“ (Heckmann, S. 82, 1992).

Deutsche ArbeitnehmerInnen verteilen sich demgegenüber gleichmäßiger auf die drei Beschäftigungssektoren (Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“, S. 194, 1994). MigrantInnen und Deutsche unterscheiden sich also hinsichtlich ihrer Beschäftigungsschwerpunkte: Die Mehrheit der MigrantInnen ist als un- oder angelernte/r ArbeiterIn tätig. Die Mehrheit der Deutschen arbeitet demgegenüber im Angestelltenbereich. Aufgrund der schlechteren Bildungs- und Ausbildungschancen auch

⁵ Alle hier aufgeführten Angaben beziehen sich auf die in der Caritas-Armutsuntersuchung befragte Caritas-Klientel.

der 2. Generation geht die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ wie Heckmann davon aus, daß sich auch zukünftig keine Verbesserung der Position ausländischer ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt einstellen wird. Vielmehr würden die gegenwärtigen Bedingungen dazu beitragen, ihre bestehende Lage zu reproduzieren. Heckmann erwähnt in diesem Zusammenhang, daß ausländische Frauen die „stärksten Beschäftigungsverlierer“ seien.

Einkommensunterschiede

Diekmann, Engelhardt und Hartmann (1993)⁶ kommen in ihrer Untersuchung zu dem Schluß, daß Deutsche (Männer und Frauen) mehr verdienen als AusländerInnen. Jedoch verdienten Männer generell, unabhängig von der Nationalität, mehr als Frauen. Sie bezeichnen die Einkommensrelation zwischen ausländischen Männern und Frauen jedoch als weniger kraß als die zwischen deutschen Männern und Frauen. Bildungsunterschiede zwischen ausländischen Männern und Frauen existierten kaum, und auch die Unterschiede hinsichtlich der Arbeitszeit seien geringer als die zwischen deutschen Männern und Frauen. Ferner stellen sie fest, daß erwerbstätige deutsche Männer am Anfang ihrer Berufskarriere einen fast doppelt so hohen Einkommenszuwachs erzielen wie deutsche Frauen bzw. Ausländer und Ausländerinnen. Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit erfolgt bei Ausländerinnen - im Gegensatz zu den deutschen Frauen - unabhängig von ihrem Bildungsstatus. Sie arbeiten länger als deutsche Frauen (3,3 Std.) und verfügen über eine geringere Bildungsdauer. Trotz dieser Feststellungen gehen die AutorInnen davon aus, daß geschlechtsspezifische Einkommensdiskriminierung eine größere Rolle spiele als nationalitätenspezifische.

Wohnsituation, Mietbelastung

In der Caritas-Armutsuntersuchung (Hauser, Kinstler, 1994) wurde festgestellt, daß die Wohnsituation von ZuwanderInnen meist schlecht ist. Nur etwa ein Drittel der AussiedlerInnen lebt in Wohnungen mit Bad/Toilette und Zentralheizung, die übrigen verfügen nicht über eine derart ausgestattete

⁶ Es handelt sich hier um eine ökonometrische (mathematisch-statistische) Untersuchung von Einkommensungleichheiten und Diskriminierung von Frauen und AusländerInnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht die Frage, ob und inwieweit geschlechts- bzw. nationalitätenspezifische Einkommensdifferenzen auf unterschiedliche individuelle Humankapitalausstattungen zurückgeführt werden können oder ob sie auf Mechanismen der Diskriminierung beruhen.

Wohnung. Vergleichbar schlecht ist auch die Wohnungsausstattung für die große Gruppe der ArbeitsmigrantInnen.

Ein großer Teil (über 40 %) der ArbeitsmigrantInnen und AussiedlerInnen verfügt außerdem nicht über genügend Wohnraum. Ausreichender Wohnraum ist jedoch für ArbeitsmigrantInnen eine Voraussetzung dafür, eine Stabilisierung ihres Aufenthaltsstatus (Aufenthaltsgenehmigung) zu erreichen:

„Für alle Zuwanderer in Privathaushalten gilt: Die Wohnsituation ist noch deutlich ungünstiger als bei den schon weit unter dem Bevölkerungsdurchschnitt liegenden deutschen Caritas-Klienten in Privathaushalten“ (Hauser, Kinstler, S. 10/11, 1994).

Auch Heckmann (S. 85, 1992) weist auf die deutliche Benachteiligung der ArbeitsmigrantInnen hinsichtlich der Wohnbedingungen hin.

AussiedlerInnen sind finanziell stärker durch Mietkosten belastet als ArbeitsmigrantInnen. Die Tragbarkeitsgrenze der Mietbelastung wurde in der Caritas-Armutsuntersuchung mit maximal 28 % des Nettoeinkommens angesetzt. Danach müssen knapp 25 % der ArbeitsmigrantInnen eine Miete zwischen 28 % und 40 % bzw. mehr zahlen. Bei den AussiedlerInnen dagegen sind es etwas mehr als 40 %, die eine derart hohe Mietbelastung haben (Hauser, Kinstler S. 11, 1994).

Arbeitslosigkeit

Im März 1994 lag die Arbeitslosenquote der MigrantInnen in den alten Bundesländern bei 16,9 % (absolut: 425.749). Damit war sie fast doppelt so hoch wie die zusammengefaßte Arbeitslosenquote (alle Arbeitslosen: 9,5 %) (Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“, S. 196 und 199, 1994). Die verschiedenen Nationalitäten sind jedoch unterschiedlich von Arbeitslosigkeit betroffen, wobei die AL-Quote der TürkInnen (20,9 %), der ItalienerInnen (8,4 %) und der GriechInnen (17,5 %) noch jeweils über dem angegebenen Durchschnittswert liegt (AiD, S. 2, 2/94).

Die Daten des Zwischenberichts der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ (S. 199, 1994) zu Arbeitslosigkeitsdauer und Wiederbeschäftigung nach Nationalität, Alter und Geschlecht weisen ergänzend eine höhere Wiederbeschäftigungsquote von Deutschen im Vergleich zu AusländerInnen nach. Nach dem Geschlecht aufgeschlüsselt zeigt sich, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit von Ausländerinnen deutlich länger ist als die der Ausländer. Im Vergleich dazu sind die Unterschiede zwischen deutschen Männern und Frauen hinsichtlich der Wiederbeschäftigungsquote gering, wobei jene der Frauen unter der der Männer liegt.

Arbeitslosigkeit ist generell angesichts der wachsenden Massenarbeitslosigkeit, für AusländerInnen aber im besonderen aufgrund der nationalitätenspezifischen „Rangfolge“ der Arbeitsvermittlung (Deutsche, EG-AusländerInnen, Nicht-EG-AusländerInnen und AussiedlerInnen) eines der wesentlichen Armutsrisiken.

Armut: AusländerIn zu sein ist an sich schon ein Armutsrisiko

Vier Bevölkerungsgruppen sind in besonderer Weise von Armut bedroht: 1. kinderreiche Familien sowie 2. alleinerziehende Mütter und somit zunehmend auch Kinder und Jugendliche unter 11 Jahren, 3. Arbeitslose und 4. AusländerInnen. Darüber hinaus kann die große Mehrheit der in Deutschland lebenden AusländerInnen zu den „Randschichten“ der deutschen Gesellschaft gerechnet werden, womit die These, allein das Merkmal „AusländerIn“ sei ein Armutsrisiko, gestützt wird. 1989 bezogen 4,4 % der deutschen Gesamtbevölkerung laufende Hilfe zum Lebensunterhalt/HLU (Sozialhilfe). Davon waren 3,7 % der Deutschen und 13,1 % der AusländerInnen auf den Bezug der HLU angewiesen. Anzumerken ist hier, daß Flüchtlinge/AsylbewerberInnen den größten Anteil unter den ausländischen SozialhilfeempfängerInnen ausmachen (1989: 59 %) (Geißler, S. 172/173, 1992).

Auch die Caritas-Armutuntersuchung (1994) kommt hinsichtlich des besonderen Armutsrisikos von Zuwanderern zu einem ähnlichen Befund: 1/3 aller Zuwanderer (35,1 %) erhielt laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU). Gruppenspezifisch aufgeschlüsselt ergibt sich folgendes Bild: Von den ArbeitsmigrantInnen erhielten 19 % und von den AussiedlerInnen sogar 28,7 % HLU, wobei sich die AussiedlerInnen laut Untersuchung in einer den Flüchtlingen vergleichbaren Erwerbssituation befinden. Die Caritas-Untersuchung weist damit (ebenso wie Geißler, S. 166-170, 1992) noch auf einen zusätzlichen Aspekt hin: die Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen durch Anspruchsberechtigte - was einer „verdeckten Armut“ gleichkommt. Mehr als jeder fünfte Arbeitsmigrant (21,3 %) und fast ein Viertel der Aussiedler (24,9 %) scheinen ihre Ansprüche auf Sozialhilfe nicht zu realisieren.

Wird das Konzept der „relativen Armut“⁷ zugrunde gelegt, so wächst der Anteil der von Armut betroffenen ArbeitsmigrantInnen auf 41,3 % und der der AussiedlerInnen auf 46,6 %. (Hauser, Kinstler, S.13/14, 1994).

Strukturelle Merkmale - Vergleich zu ansässigen Familien

Das wesentliche demographische Merkmal, in dem sich die ausländische von der deutschen ansässigen Wohnbevölkerung unterscheidet, ist das des Altersaufbaus. Die deutsche Bevölkerung ist aufgrund der sehr niedrigen Geburtenrate eine Minusbevölkerung. Nach Einschätzung des Demographen und Bevölkerungsforschers Birg von der Universität Bielefeld gehört die Geburtenrate Deutschlands seit den 70er Jahren zu den niedrigsten der Welt. Sie beträgt zur Zeit 1,26 lebendgeborene Kinder pro Frau. Darin sind die Geburten der fast 7 Mio. AusländerInnen bereits berücksichtigt. Auch bei diesen liegt die Kinderzahl pro Frau unter zwei (für die langfristige Konsistenz der Bevölkerung müßten 2,1 Kinder pro Frau geboren werden) (Birg, 1996). Für die ansässige deutsche Bevölkerung ergibt sich demnach eine umgekehrte Alterspyramide, wohingegen die ausländische Wohnbevölkerung, auch die der zugewanderten Aussiedler, junge Populationen sind und sich durch einen „normalen“ Altersaufbau auszeichnen.

Im Jahre 1994 wurden 105.000 Kinder ausländischer Eltern in Deutschland geboren. Die Familiengröße der ausländischen Bevölkerung ist nach Nationen sehr verschieden, zeichnet sich aber insgesamt nicht - wie häufig angenommen - durchgängig durch eine hohe Kinderzahl aus, sondern die durchschnittliche Kinderzahl liegt bei türkischen Familien bei 2,2, bei spanischen und jugoslawischen Familien bei 1,8. Über die in den Herkunftsländern lebenden Kinder von Migrantenfamilien ist wenig bekannt, jedoch leben selten Kinder unter 9 Jahren in der Heimat der Eltern. Die meisten dort lebenden Kinder sind bereits 16 Jahre und älter. Unabhängig vom Alter leben am häufigsten türkische Kinder im Herkunftsland (Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, S. 57, 1994).

In vielen die Familie unmittelbar betreffenden Merkmalen nähert sich die ausländische Bevölkerung der deutschen Bevölkerung an, z.B. im steigenden Heiratsalter, der sinkenden Kinderzahl, in verbesserten Wohnverhältnissen, im steigenden Bildungsniveau (wenn dies auch noch weit ent-

⁷ Das Konzept der „relativen Armut“ entspricht hier der 50 %-Armutsgrenze, d. h., der relative Abstand des Einkommens zum Durchschnittseinkommen von Haushalten mit gleicher Personenzahl liegt bei 50 %. Die Armutsgrenze wird hier nicht durch ein physisches, sondern durch ein soziokulturelles Existenzminimum markiert.

fernt ist vom Bildungs- und Ausbildungsniveau der deutschen Jugendlichen).

Zentrale demographische Merkmale der privaten Haushalte in Deutschland haben sich stark gewandelt, und Indikatoren für die alten Bundesländer zeigen, daß die Formen heutigen privaten Lebens äußerst vielfältig und unterschiedlich sind. Dennoch ist das Alltagsbewußtsein nach wie vor vom Bild der „typischen Familie“ geprägt - eine Vorstellung, die empirisch jedoch nicht haltbar ist:

- Nur noch ca. 1/3 aller Haushalte können als Familienhaushalte im Sinne einer Eltern-Kind-Einheit bezeichnet werden. Haushalte werden außerdem immer kleiner.
- Die Zahl der kinderlosen Ehepaare nimmt zu.
- Nichteheleiche Lebensgemeinschaften (statistisch schwer erfassbar) nehmen zu.
- Die Scheidungsziffern nehmen zu, gegenwärtig wird etwa jede 3. bis 4. Ehe geschieden.
- Die Zahl der Alleinerziehenden, meistens alleinerziehende Mütter, wächst. Gegenwärtig lebt jedes 8. Kind in den alten Bundesländern in einer Ein-Eltern-Familie. Die Zahl der Stieffamilien wächst ebenfalls.
- Es gibt eine kontinuierliche erhebliche Zunahme der außerhäuslichen Berufstätigkeit von verheirateten Frauen und Müttern. Zwischen 1950 und 1980 hat sich die Erwerbstätigkeit von Müttern fast verdoppelt (Rerrich, S.120, 1993).

Als Fazit läßt sich festhalten, daß das Leben in einer traditionell strukturierten Familie zwar nach wie vor sehr verbreitet ist, aber längst nicht mehr die einzige Lebensform westdeutscher Familien darstellt.

Kontakte zwischen Deutschen und AusländerInnen/Soziale Netzwerke

Laut Caritas-Armutsuntersuchung (1994) haben sowohl ArbeitsmigrantInnen als auch AussiedlerInnen zahlreiche Kontakte zu Personen ihres Verwandtenkreises. Über die Hälfte der ArbeitsmigrantInnen unterhält außerdem Kontakte zu Nachbarn, wobei über die Nationalität der Nachbarn keine Informationen vorliegen. Wie es hingegen mit den Kontakten zu Deutschen aussieht, bleibt offen.

Claudia Koch-Arzberg (1993) zeichnet hinsichtlich der direkten Kontakte zwischen Deutschen und AusländerInnen ein sehr negatives Bild. Direkte Kontakte seien eher die Ausnahme denn die Regel. In den alten Bundesländern haben 31 % der Deutschen keinen Kontakt zu AusländerInnen; in den neuen Bundesländern sind es sogar ca. 70 %. Sie stellt in diesem

Zusammenhang die Annahme in Frage, der zufolge die Intensivierung von Kontakten zwischen Deutschen und AusländerInnen sich positiv auf die Einstellung der Deutschen gegenüber Menschen anderer Nationalität auswirken würde - quasi „automatisch“. Vielmehr vertritt sie die These, daß das Entstehen ausländerfeindlicher Einstellungen auf der individuellen Ebene durch bestimmte sozialstrukturelle Merkmale - z.B. Bildungsgrad, Geschlecht oder Alter - stark begünstigt würde. D. h., sie geht davon aus, daß einzelne Bevölkerungsgruppen eine verstärkte Anfälligkeit für Ausländerfeindlichkeit haben. Gleiches gelte für das Geschlecht: Männer seien in der Regel eher ausländerfeindlich eingestellt als Frauen. Außerdem sei ein starkes Ost-West-Gefälle festzustellen: In den neuen Ländern seien mehr junge Menschen und in den alten Ländern eher Ältere ausländerfeindlich eingestellt.

3. Bedingungen für Sozialisation und Erziehung in den Migrantenfamilien

Bei einem Vergleich der deutschen mit der ausländischen Familienpopulation in Deutschland kann davon ausgegangen werden, daß Familie und das Zusammenleben in Familien eine ungebrochene Zielgröße in der Werteskala und im Lebenslauf der einzelnen darstellen. Unter der Bedingung von Migration und Einwanderung ist Familie zunächst einmal der Ausgangspunkt für die Auswanderung, sodann für die Arbeitsaufnahme im Einreiseland bzw. für die Einwanderungsmotivation im allgemeinen. Das Überleben der Kinder zu sichern und die Zukunft der Kinder zu garantieren, ist die Hauptmotivation für die meisten Wanderungsprozesse.

In der Einwanderungssituation ist die Familie der Ort für das alltägliche Überleben und das Organisatorische des Alltages. Darüber hinaus bietet die Familie Schutz und Raum für die ethnische Identifikation und die Identitätssicherung in einer häufig feindlichen Umgebung. Die Familie ist der Ort, an dem sich die zentralen Prozesse der Sozialisation und Erziehung der Kinder abspielen, an dem sie täglich betreut werden. Die *Rahmenbedingungen des Alltags mit Kindern und der Kindererziehung in Deutschland* sind dabei für die ausländischen Familien ebenso maßgebend wie für die deutschen Familien mit Kindern:

- Die *gesellschaftlichen Bedingungen von Kindheit* haben sich verändert. Insbesondere die Mütter müssen sich darum kümmern, ihre Kinder in den Kindergarten bzw. in die Schule und mit anderen Kindern zusam-

menzubringen. Es ist in Deutschland zunehmend gefährlich, Kinder draußen unbeaufsichtigt spielen zu lassen - was für viele ausländische Familien, auch für Aussiedler, eine große Veränderung bedeutet. Ausserdem gehört es für viele Eltern zum Alltag, ihre Kinder an organisierten Freizeitaktivitäten teilhaben zu lassen.

- Hinsichtlich der Art der Kinderbetreuung hat ebenfalls eine Veränderung stattgefunden: weg von der reinen Versorgung hin zu einer Intensivierung der Beziehung und der Auseinandersetzung mit dem Kind. Die *Pädagogisierung und Psychologisierung der Kindheit*, die in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg breite Bevölkerungsschichten in Deutschland erfaßte und durch die Bildung der Frauen einen zusätzlichen Schub erfuhr, hat dazu geführt, daß der alltägliche Betreuungsaufwand für Kinder nicht weniger geworden ist, sondern daß er sich qualitativ verändert hat. (Rerrich, S. 130, 1993). *Die stärkere Betonung und Unterstützung der individuellen Bedürfnisse der Kinder übersetzt sich in der alltäglichen Lebensführung charakteristischerweise in Alltagsarbeit für die Eltern, besonders für die Mütter.*

Diese qualitative Intensivierung des alltäglichen Arbeitsaufwands für Kinder setzt sich bei der institutionalisierten Kinderbetreuung fort (z.B. selbstverwaltete Kinderläden/-gärten; Elternabende in der Schule). Dennoch ist eines bei allen Veränderungen „kontrafaktisch gleichgeblieben“ (Rerrich, ebd.): *Die Zeitrhythmen von Kindergarten und Schule sind nach wie vor am Leitbild der traditionellen Familienform orientiert*, das traditionelle Arbeitszeitmuster bzw. Arbeitszeiten einschließt (z.B. Vater arbeitet Vollzeit, Mutter ist ständig zu Hause erreichbar). Auf der Seite der Institutionen wird also immer noch davon ausgegangen, daß selbstverständlich jemand zu Hause verfügbar ist. Diese Bedingung ist für ausländische Familien schwer zu erfüllen. In der Regel ist die Erwerbstätigkeit der Frau in dieser Population wesentlich höher als in vergleichbaren deutschen Familien, die Hausfrauenfamilie kann hier keineswegs als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Der Umbruch, der sich hier für viele Arbeitsmigrantenfamilien in der Vergangenheit ergeben hat, ist gegenwärtig in vielen *Aussiedlerfamilien* zu bewältigen. In ihren Herkunftsländern war die staatliche Betreuung die Regel; zusätzlich stand die ältere Generation für die Kinderbetreuung zur Verfügung. In Deutschland sind die Familien mit der Anforderung konfrontiert, ihre Kinder täglich individuell und persönlich zu betreuen und als Eltern in hohem Maße zur Verfügung zu stehen.

Bildungs- und Ausbildungschancen als Voraussetzung der Integration

Zunächst muß einschränkend vermerkt werden, daß die *Inanspruchnahme der Kindergartenbetreuung* bei den ausländischen Familien weit geringer ist als bei den deutschen Familien. Nur 57,7 % der Kinder (im Alter von 3-8 Jahren) mit ausländischem Paß besuchen einen Kindergarten, wohingegen von den deutschen Kindern 74,2 % in den Kindergarten gehen (Die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, S. 61f., 1994). Die Einrichtung des Kindergartens wird allerdings auch von den MigrantInnen positiv bewertet.

Die *Bildungsorientierung von Migrantenfamilien* ist generell als sehr hoch anzusehen, denn die Sicherung der Zukunft der Kinder ist, wie bereits erwähnt, eine herausragende Migrationsmotivation. Da die Rückkehr häufig nicht realisierbar war/ist, ist der Erfolg der Kinder in der Aufnahmegesellschaft überdies ein sichtbares Zeichen des Erfolges der Migration und belohnt für die Mühen und zahlreichen Entbehrungen. Als sehr einschränkende Bedingung für den Integrationserfolg der Familien muß allerdings angeführt werden, daß die *Bildungschancen für ausländische Kinder im deutschen Schulsystem nach wie vor schlecht sind*.

Ca. 1,8 Mio. Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft leben in Deutschland (das gilt für die Altersspanne bis 20 Jahre). Die Gruppe der 14-25jährigen zählt ca. 1,5 Mio. - wobei der Anteil der hier geborenen und aufgewachsenen Kinder und Jugendlichen stetig steigt. Die Gruppe der jugendlichen MigrantInnen ist aufgrund unterschiedlicher Herkunft, Nationalität und Rechtsstellung sehr heterogen (sie umfaßt MigrantInnen der 2. und 3. Generation aus EG- und Nicht-EG-Mitgliedstaaten, der AussiedlerInnen und der Flüchtlinge). Dennoch gilt unabhängig von der Heterogenität für alle jungen MigrantInnen, daß sie im Prozeß beruflicher Orientierung und Qualifizierung nicht die gleichen Chancen wie ihre deutschen Altersgenossen haben (Brunken, Heft 2/3, S. 109-115, 1995).

Die Bildungsbeteiligung eingewanderter Kinder und Jugendlicher:

- Für die 6-15jährigen liegt die Bildungsbeteiligung bei 95 % - damit ist für diese Altersgruppe die Quote der deutschen Kinder/Jugendlichen erreicht.
- Für die 15-20jährigen liegt sie bei 60 % - und damit deutlich unter dem Vergleichswert der deutschen Jugendlichen (90 %).
- 36 % der jungen Migrantinnen erreichen den Realschulabschluß oder das Abitur gegenüber 27 % der männlichen Migranten.

- Dennoch sind ausländische SchülerInnen gemessen an ihrem Anteil an der jeweiligen Altersgruppe an weiterführenden Schulen immer noch unterrepräsentiert.

D. h., es ist zwar eine Verbesserung der Situation eingetreten, jedoch hat keine Angleichung an die deutscher SchülerInnen stattgefunden.

Im *Ausbildungsbereich* zeigt sich, daß ausländische Jugendliche sich auf einige wenige Ausbildungsberufe konzentrieren. Während männliche Jugendliche vorwiegend in handwerklichen und gewerblich-technischen Berufen ausgebildet werden, liegt der Schwerpunkt bei den weiblichen Jugendlichen bei den Dienstleistungsberufen. Ausländische Jugendliche weisen eine überdurchschnittlich hohe Quote beim Ausbildungsabbruch auf - 1988/89 brachen z. B. insgesamt 24 % der ausländischen Auszubildenden ihre Ausbildung ab.

Eine zweite Schwelle ist die *Arbeitsplatzsuche*: Für ausländische Jugendliche ist das Risiko, nach Abschluß der Ausbildung arbeitslos zu werden, ca. doppelt so hoch wie das deutscher Jugendlicher, da sie häufig in Bereichen ausgebildet werden, die wenig Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen.

Jugendliche *Migrantinnen* sind weniger in betrieblichen als in schulischen Ausbildungsgängen, die häufig eine Ausweidlösung darstellen, vertreten, weil sie keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden konnten. Darüber hinaus haben Untersuchungen über das Berufswahlverhalten von Mädchen gezeigt, daß sich auch hier die *geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes* widerspiegelt: Innerhalb eines Spektrums von mehr als 200 Ausbildungsberufen konzentrieren sie sich mehrheitlich auf 10 bis 15 Berufe (überwiegend typisch weibliche Berufe wie Friseurin, Arzthelferin, Verkäuferin o.ä.) - wobei es sich oft um Berufe handelt, die zu keiner dauerhaften Erwerbstätigkeit führen. Im Vergleich dazu ist das Berufswahlverhalten bei deutschen Mädchen wesentlich breiter angelegt.

Untersuchungen über die *Integration junger MigrantInnen* weisen darauf hin, daß sich die Eingliederung der 2. und 3. Ausländergeneration nicht automatisch, quasi 'naturwüchsig' vollzieht, sondern wesentlich von ihrer beruflichen Situation abhängt. Neben der längst überfälligen politischen Gleichstellung ist daher auch die Steigerung der Ausbildungsquote eine unabdingbare Voraussetzung für eine gleichberechtigte gesellschaftliche und soziale Teilhabe der heranwachsenden MigrantInnen, deren Lebensmittelpunkt hier ist und bleiben wird (ebd., S. 113).

Die spezifische Benachteiligung einzelner ethnischer Gruppen im Bildungssystem

Die deutlichen Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen einzelner ethnischer Gruppen können, so das Ergebnis einer neueren, umfangreichen Datenanalyse (Alba, Handl, Müller, 1994), weder durch eine „kurze Anwesenheit noch die niedrigere sozio-ökonomische Herkunft vieler ausländischer Familien gänzlich oder größtenteils“ erklärt werden (ebd., S. 227).

Die TürkInnen und ItalienerInnen sind durchgängig (d. h. in allen Altersgruppen) die am meisten benachteiligten Gruppen. Sie besuchen besonders häufig die Hauptschule und absolvieren nach dem Schulabschluß seltener eine Berufsausbildung. Das trifft in abgeschwächter Form auch auf die jugoslawischen Kinder und Jugendlichen zu. In Relation zum Bevölkerungsanteil besuchen griechische SchülerInnen demgegenüber häufiger als Kinder deutscher oder anderer ethnischer Herkunft das Gymnasium.

Die Autoren weisen darauf hin, daß es aufgrund der Heterogenität der benachteiligten Gruppen nicht einfach sei, die vorliegenden Ergebnisse zu erklären (z.B. Jugoslawen kommen aus einem Nicht-EG-Land und haben eine eher junge Zuwanderungsgeschichte; demgegenüber sind die Italiener jene mit der längsten Anwesenheitsdauer in Deutschland, und sie gehören der EG-Gruppe an).

Die Ergebnisse der Analyse belegen, daß einige der größten Ausländergruppen in der Bundesrepublik im Schulsystem benachteiligt sind. Benachteiligung heißt, daß die Kinder und Jugendlichen aus diesen Gruppen mit größerer Wahrscheinlichkeit die Hauptschule besuchen und im Anschluß daran keine Lehre absolvieren. Diese Benachteiligungen sind jedoch nicht nur ein Produkt der niedrigeren sozio-ökonomischen Herkunft der Ausländerkinder im Vergleich zu den deutschen oder eine Folge der späten Ankunft in Deutschland, sondern für die Gruppe der TürkInnen und der ItalienerInnen bleiben erhebliche Benachteiligungen auch bei Berücksichtigung dieser Faktoren bestehen; das gleiche gilt tendenziell auch für jugoslawische Kinder. Die Analyse belegt weiterhin, „daß die Tatsache, in Deutschland geboren oder vor dem Einschulungsalter hier eingetroffen zu sein, diese Benachteiligungen nicht aufheben können: Sie wirken mindestens bis in die zweite Generation“ (ebd. S. 234).

Gegen eine einfache Erklärung ethnischer Benachteiligungen ausländischer Kinder im deutschen Schul- und Ausbildungssystem spricht z.B. die Tatsache, daß die beiden benachteiligten Gruppen (TürkInnen und ItalienerInnen) sich hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz und rechtlichen Situation (Rechtsstatus) grundlegend unterscheiden - zu warnen ist demnach vor voreiligen Schlüssen. Die Autoren vermuten, daß die kulturellen Eigen-

heiten, weil sie als sichtbare Zeichen der „Andersartigkeit“ auffallen können, zentrale Bedeutung für die oft unterschwellige Diskriminierung, die in ethnischer Benachteiligung im deutschen Bildungssystem endet, erlangen können. Sie deuten deshalb das Festhalten an der eigenen ethnischen Identität als Zeichen *fehlender Sicherheit dieser Familien in Deutschland* (ebd. S. 235).

Hinsichtlich der Frage, inwiefern mit einer zukünftigen Verringerung ethnischer Benachteiligungen der untersuchten Gruppen zu rechnen sei, halten die Autoren ihre Ergebnisse (u.a. die Feststellung einer deutlich niedrigeren Bildungsbenachteiligung der Kinder der zweiten Generation) für (vorläufig) vereinbar mit den Annahmen von Assimilationstheorien: Sie gehen aber davon aus, daß sich Anzeichen für eine Verbesserung bzw. für eine Abnahme ethnischer Benachteiligungen erst im Kontext der Untersuchung der dritten Generation feststellen ließen. Sie verweisen hier auf Untersuchungen italienischer SchülerInnen in den USA, die gezeigt haben, daß die Gleichstellung im Schulsystem erst ein halbes Jahrhundert nach dem Höhepunkt der italienischen Immigration in die Vereinigten Staaten eingesetzt hat (ebd. S. 235ff).

4. *Integration als Aufgabe der Familien Konfliktpotentiale in Migrantenfamilien und Integrationsaufgaben*

Das sogenannte *Traditions-Modernitäts-Paradigma* - vielfach beschworen in der kritischen interkulturellen Diskussion, dem erstens ein westlich geprägtes Modell von Modernität unterliegt und zweitens ein bipolares Denkmuster von Tradition und Moderne, das die Welt entsprechend aufteilt, hat sich in der Migrationsforschung seit langem als unhaltbar gezeigt, ist aber von Dauerhaftigkeit in pädagogischer Literatur. In diesem Paradigma ist u.a. die Annahme eines linearen Übergangs vom *Nullpunkt der Einwanderung* zur *Endstufe der Integration* in die Aufnahmegesellschaft implizit enthalten. Dieser Übergang sei entsprechend mit einem Konflikt und einem sogenannten „Kulturschock“ verbunden, der die kulturelle Identität des Migranten tangiere bzw. in Frage stelle und zu einer anomischen Situation führe. Entsprechend stellen sich Migrantenfamilien und ihre Sozialisationsbedingungen tendenziell als defizitär heraus.

Kontrastiert mit empirischen Befunden erweist sich diese Annahme in ihrer Einseitigkeit als Fehldiagnose - vielmehr läßt sich im Verlauf von Eingliederungsprozessen eine große Variationsbreite beobachten, sowohl hinsichtlich der Intensität als auch hinsichtlich der Dauerhaftigkeit dieses angenommenen Konfliktpotentials. Für Migrantinnen bzw. Einwanderinnen

wird außerdem unterstellt, daß „Modernität“ und insgesamt höhere Emanzipationsfreiräume zu erwarten seien, die unerläßlich erscheinen und deren Erreichen unbedingt lohnenswert sei.

Veränderungen erscheinen in dem genannten Paradigma erstrebenswert, gelingen sie nicht, so wird dies auf die sogenannten "traditionellen Barrieren" zurückgeführt. Bereits die Untersuchungen von Katharina Ley (1979), die sich mit der Einwanderungssituation italienischer Arbeitsmigrantinnen in der Schweiz theoretisch und empirisch beschäftigte, sowie die Studien von Mirjana Morokvasic (1987), die die Einwanderungsprozesse von Jugoslawinnen in verschiedenen Ländern Europas untersuchte, belegen für weibliche Wanderer, daß sich ihre Konzepte und ihr Verhalten wesentlich komplexer darstellen und vielschichtige Gestalt annehmen. (In jüngerer Zeit belegen dies die Untersuchungen des Forschungsprojektes FAFRA, die in interkulturell vergleichender Perspektive die Lebenssituation von Einwandererfamilien und ihren einzelnen Mitgliedern vergleichen.)

Konfliktpotentiale in der Familie sind den empirischen Befunden zufolge darin zu sehen, daß Migration mit *Trennungen* einhergeht, die emotional oft sehr belastend sind. Die Trennung der Kinder von den Eltern ist hierbei ein sehr bekanntes und ausgeprägtes Merkmal. Diese Trennungen führen nicht nur zu großen Belastungen in den Beziehungen, sondern stören ebenfalls die Schulkarrieren der Kinder sowie generell ihre Möglichkeit, sich im hiesigen Kontext wohl zu fühlen und integriert zu werden.

Die psychosoziale Situation von Einwandererfamilien ist eine besondere: Das Thema Trennungen bzw. Familienzusammenführung ist beispielsweise nicht mit dem Zeitpunkt beendet, von dem an die Kernfamilie in Deutschland zusammenlebt. Der Migrationsprozeß ist damit nur scheinbar beendet, Familienzusammenführung und auch Trennungen sind für alle Familienmitglieder jeder Generation dauerhaft zu bewältigen. Binnenmigration, Pendeln, Remigration und möglicherweise erneute Einwanderung bedeuten immer wieder, in der Familie eine neue Struktur zu gestalten. Trennungserfahrungen gehen einher mit hohen emotionalen Belastungen, wobei nicht nur Trauerprozesse, sondern auch Loyalitätskonflikte, diese vor allem bei Scheidungen, aber auch Schuldgefühle zu nennen sind. Die von den Familien zu bewältigenden emotionalen Herausforderungen sind in der bisherigen Forschungsliteratur nur unzureichend behandelt. Einige wenige wissenschaftliche Veröffentlichungen widmen sich der Frage, wie sich Integrations- und Einwanderungsprozesse in emotionaler bzw. psychosozialer Hinsicht darstellen (Hettlage-Varjas, Hettlage, S. 26-48, 1989) oder wie sich diese Prozesse je spezifisch für die einzelnen Generationen und Geschlechter gestalten (Kürsat-Ahlers, S. 157ff., 1995). Für Einwanderinnen ist anzunehmen, daß sie - aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Verantwortung im Be-

reich der Fürsorge- und Pflegeaufgaben von Familien - in besonderer Weise mit emotionalen Belastungen konfrontiert sind. Werden die alten Eltern oder die Kleinkinder der Familie im Herkunftsland zurückgelassen, so trifft der damit verbundene Schmerz vor allem die Frau. Die zugleich entstehenden Schuldgefühle sind ebenfalls von ihr zu bewältigen. Auf diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Frau und Mutter im Aufnahmeland den Integrationsprozeß der Familie entscheidend beeinflußt. Von ihrer Fähigkeit der Verarbeitung widersprüchlicher Anforderungen sowie deren Vermittlung an die einzelnen Familienmitglieder hängt in hohem Maße die psychosoziale familiäre Situation ab.

Eine weitere Belastung der Migrantenfamilien besteht darin, daß die einzelnen Familienmitglieder unterschiedlich in die Aufnahmegesellschaft integriert sind. Gegenwärtig ergeben sich z. B. in den Aussiedlerfamilien große Probleme dadurch, daß ein Ehepartner - entweder Mann oder Frau, oft jedoch die Frau - keine Arbeit findet, dadurch reduzierte Integrationschancen in die deutsche Gesellschaft hat und somit sowohl sozial als auch emotional hinter den Erfahrungen des anderen zurückbleibt. Für zahlreiche Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden, ergeben sich ebenfalls ähnlich schwierige und oft krisenhafte Situationen.

Eine hohe Anforderung für die Migrantenfamilien liegt, wie bereits erwähnt, in der *Veränderung der Geschlechterverhältnisse*. Die Konfrontation mit den hiesigen gesellschaftlichen Verhältnissen, die andere Frauen- und Männerbilder, eine andere Definition der Geschlechteraufgaben, der Arbeitsteilung und generell andere Definitionen der Bewegungsräume der Geschlechter beinhalten, führt für Zuwanderer zu einer täglich zu bewältigenden Irritation. Die Interpretation dieser spezifischen Konfliktpotentiale kann allerdings nicht auf der Grundlage des einfachen Modells: hier Tradition - dort Emanzipation geleistet werden. Wie neue Untersuchungsergebnisse unterdessen belegen, ist das Frauenbild, damit einhergehend auch das Selbstkonzept von Einwanderinnen, die aus weniger industrialisierten Gesellschaften und sogenannten traditionellen Verhältnissen stammen, wesentlich geringer durch Abhängigkeiten vom Mann gekennzeichnet als das westlicher Frauen. Darüber hinaus läßt sich weder ihr Selbstbild noch ihr Frauenbild durch westliche Polarisierungen charakterisieren. Ebenso läßt sich für männliche Migranten nachweisen, daß sie nicht schlicht autoritärer oder patriarchalischer gesinnt sind als westliche Männer (Herwartz-Emden, 1996).

Migranten und Migrantinnen erbringen herausragende Integrationsleistungen: Wie der Soziologe und Familienforscher Nauck 1991 und 1992 beispielsweise in bezug auf die Biographien gewanderter Frauen nachwies, sind die Einflüsse der hiesigen Gesellschaft auf die Lebenswege und die Gestaltung familiären Zusammenlebens von radikaler Wirkung. Innerhalb

kürzester Zeit passen sich diese Frauen den hiesigen Bedingungen an, wie z.B. allein die Geburtenrate, das Heiratsalter, aber auch die Gestaltung der ehelichen Verhältnisse zeigen (Herwartz-Emden, 1995b). Die Machtverhältnisse verändern sich in Entscheidungssituationen ebenso wie in alltäglich notwendigen Aufgaben und Verrichtungen.

In der Frage der Geschlechterverhältnisse und der Veränderungen der Aufgaben der Geschlechter, der Gestaltung der Partnerschaft und der ehelichen Verhältnisse liegt also ein Konfliktpotential für Migranten. Über 80 % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten ausländischen Frauen gingen im Jahre 1992 einer Vollzeitbeschäftigung nach, die Frau ist also wie der Mann in der Familie große Teile des Tages außer Haus tätig und die verbleibende Hausarbeit und Kinderbetreuung muß in irgendeiner Weise „nebenbei“ geleistet werden. Insgesamt gingen 32,6 % der ausländischen Frauen einer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit nach (1990) (Die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, S. 58, 1994), - wobei die tatsächliche Quote noch höher liegen dürfte, da viele ausländische Frauen nicht sozialversicherungspflichtig, also in ungeschützten Arbeitsverhältnissen tätig sind.

Wie neuere und internationale Untersuchungen nachweisen, ergeben sich für die Freiräume der Frau sowohl Gewinne als auch Verluste im Einwanderungsprozeß. D. h., von der einfachen Vorstellung eines sogenannten 'Emanzipationsgewinnes' durch Erwerbstätigkeit der Frau muß abgerrückt werden. Dennoch ergeben sich durch die Migration zahlreiche Veränderungen, da die Gesamtsituation eine Herausforderung für alle Beteiligten darstellt und somit gemeinsame Lösungen provoziert. Die Migration ist in der Regel ein gemeinsames Projekt von Mann und Frau, dem die Gestaltung der ehelichen bzw. partnerschaftlichen Verhältnisse untergeordnet bzw. angepaßt wird. Wie neuere empirische Untersuchungen in den alten Bundesländern ergeben, finden sich beispielsweise in türkischen Familien und in Aussiedlerfamilien aus der ehemaligen Sowjetunion tendenziell partnerschaftliche ‚Vereinbarkeitsleistungen‘ in der Betreuung und Versorgung der Kinder sowie generell in der Definition und Ausgestaltung der elterlichen Aufgaben (FAFRA-Publikationen, 1994 und Herwartz-Emden, 1995b).

Eine sehr schwer zu bewältigende Konfliktsituation kann sich für Migranten und Migrantinnen im Falle einer Scheidung ergeben. Die Scheidungshäufigkeit lag bei Migrantenfamilien im Jahre 1985 bei 54 Ehen pro 10.000 bestehende Ehen und blieb auf diesem Niveau bis 1990. Bei deutschen Ehen lag die Scheidungshäufigkeit im Jahre 1985 bei 86 Ehen pro 10.000 Ehen (Die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, S. 55, 1994). Der Schwerpunkt der Scheidungsverfahren in Deutschland (1978-1987), in die ausländische Ehepartner involviert sind,

liegt bei den binationalen Ehen - wobei hier die Scheidungshäufigkeit bei den Ehen mit deutscher Ehefrau am höchsten ist (Pasero, S. 105, 1990). In bezug auf die Scheidungen von Ehen, in die ein Partner türkischer Nationalität verwickelt ist, ergab sich seit 1983 eine deutliche Verschiebung der realisierten Verfahren zugunsten türkischer Ehegatten gleicher Nationalität (siehe hierzu die Änderung des türkischen Privatrechts - bereits getrennt lebende Ehepartner nutzten diese, um die Legalisierung dieses Status nachzuvollziehen).

Der soziale Prozeß der Niederlassung von Migranten und seine Verstetigung führt dazu, daß familiäre Angelegenheiten und Konflikte an Ort und Stelle geregelt werden, was langfristig zu einem Anstieg der Scheidungsziffern beitragen wird.

Für viele ausländische Frauen ist eine Scheidung mit problematischen Konsequenzen verbunden, da sich häufig ihr Aufenthaltsstatus durch die Scheidung verändert und sie unter Umständen das Land verlassen müssen. Scheidungen verursachen, ebenso wie andere lebensgeschichtlich einschneidende Ereignisse, Umbrüche und Unsicherheit im Lebenslauf und im alltäglichen Erleben. Da die rechtlichen Determinanten des Status von Ausländerinnen und Ausländern bereits durch große Unsicherheit gekennzeichnet sind, wird verständlich, daß die Erfahrung von Scheidung und Trennung sehr einschneidend wird. Da Trennungen und Scheidungen in der Regel mit finanziellen Schwierigkeiten und Einbußen einhergehen, kann die Situation, sobald sich z.B. Sozialhilfebezug als letzte Möglichkeit ergibt, dramatisch werden (Pasero, S. 105 und 107, 1990).

Alle AusländerInnen haben - im Vergleich zu Deutschen bzw. Aussiedlern - grundsätzlich einen minderen Rechtsstatus, weil sie dem Ausländergesetz unterstellt sind. Angehörige aus Nicht-EG-Staaten und aus der Türkei leben und arbeiten in Deutschland unter der Bedingung einer „befristeten Sicherheit“, d. h., sie erhalten zunächst eine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung für ein bzw. zwei Jahre. Bis zur Neufassung des Ausländergesetzes 1991 war es z.B. gesetzlich nicht geregelt, unter welchen Bedingungen eine Aufenthaltsverlängerung genehmigt bzw. verweigert werden konnte. Außerdem drohte mit dem Arbeitsplatzverlust die Ausweisung, d. h., der Verlust des Arbeitsplatzes bzw. Arbeitslosigkeit stellte eine existentielle Bedrohung dar. Erst nach 5 Jahren Aufenthalt kann unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. Nachweis ausreichenden Wohnraums) eine unbefristete „Aufenthaltserlaubnis“ und nach 8 Jahren eine „Aufenthaltsberechtigung“ erworben werden (erst hier bedeutet Sozialhilfebezug nicht mehr Ausweisung).

1985 lebten 2/3 der süd- und osteuropäischen AusländerInnen bereits länger als 10 Jahre in Deutschland, dennoch hatten erst 23 % von ihnen eine

Aufenthaltberechtigung erworben, 1980 waren es sogar nur 2 % (Geißler, S. 156, 1992).

5. Migration als Aufgabe der Familienpolitik

5.1 Chancengleichheit als Ziel von Familienpolitik

Die Schaffung der Chancengleichheit im Bildungssystem für die Kinder und Jugendlichen eingewanderter Familien sollte zu den herausragenden Aufgaben der Familienpolitik zählen. Die oben dargelegte Situation, daß Migration das Armutsrisiko Nr. 1 ist, kann langfristig nur überwunden werden, wenn die Bildungssituation verbessert wird und damit die sozio-ökonomische Gesamtsituation der Familien. Im Hinblick auf die Zukunft der zweiten und dritten Generation, aber auch in bezug auf die gegenwärtig anstehende Problematik der einreisenden Aussiedler ist die Qualifikation der Einwandernden und ihrer Nachkommen unerlässlich. Familienpolitik sollte darauf ausgerichtet sein, denn Qualifikation bzw. Bildung ist eine der wichtigsten Variablen für das *Gelingen* von Integrationsprozessen. Im Berufsbildungsbereich sollten konzertierte Maßnahmen durchgeführt werden, um die Beteiligung der ausländischen Jugendlichen (und Aussiedlerjugendlichen) am Lehrstellenmarkt deutlich zu erhöhen.

5.2 Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation und Sicherung der Arbeitsplätze

Integration hat die existentielle Sicherung als Voraussetzung, d. h., die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist eine der wesentlichen Bedingungen für eine erfolgreiche Niederlassung in der Bundesrepublik. Hier sollten die gesellschaftspolitischen Maßnahmen darauf ausgerichtet sein, den Zuwandernden Arbeitsplätze zu verschaffen. Ein großer Teil der gegenwärtig in Deutschland zuwandernden Aussiedler ist - ohne Arbeitsplatz - auf Sozialhilfe angewiesen, weil die qualifikatorischen Voraussetzungen, insbesondere die Deutschkenntnisse fehlen. In dieser Notlage befinden sich insbesondere die Frauen. Langfristig allerdings würde die Bedingung, daß ein Arbeitsplatz unerlässliche Voraussetzung für das Gelingen der Integration ist, die Überlegung verlangen, die Einreise gezielt zu steuern und nach dem Bedarf

des Arbeitsmarktes Quoten zu vergeben - was, wie schon oben erwähnt, in bezug auf die Einreise der Aussiedler bereits politisch diskutiert wird.

5.3 Interkulturelle Familienarbeit in einer ausländerfeindlichen Gesellschaft

Fehlende *Konzeptionen* einer Einwanderungspolitik auf der einen und ein Dschungel von gesetzlichen Bestimmungen auf der anderen Seite, verbunden mit der Realität von schwer zu differenzierenden Einwanderungsströmen, verursachen in Deutschland bereits in der Ausgangslage eine breit wirkende Verunsicherung der Bevölkerung. Diese Verunsicherung verbindet sich mit bereits vorhandenen fremdenfeindlichen Strömungen und geht hier eine unheilige Allianz ein, die sich latent und punktuell öffentlich in gewalttätigen Ausbrüchen manifestiert.

Die transparente und differenzierte Konzeption einer Einwanderungsgesetzgebung wäre das primäre Mittel, fremdenfeindlichen Äußerungen entgegenzuwirken. Eine Gesellschaft, in der multikulturelle Toleranz angestrebt und gelebt werden soll, braucht eine solche Gesetzgebung.

5.4 Multikulturalismus als Leitbild der Familienpolitik

In der bundesdeutschen Diskussion wird meist nicht klar getrennt zwischen einer normativen und einer analytischen Verwendung des Begriffs Multikulturalismus, und häufig ist Multikulturalismus weniger ein kritischer Begriff als ein zum Begriff erstarrter Appell. In der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation Deutschlands - als widerspenstiges Einwanderungsland (Bade, S. 16, 1996a) - muß bei der Verwendung des Konzeptes 'Multikulturalismus' bedacht werden, ob nicht soziale Ungleichheit und rivalisierende gesellschaftliche Interessen in eine 'Pluralität von Herkünften' (Radtke, S. 149f., 1992) umdefiniert werden. Damit droht eine Ethnisierung sozialer Konflikte - und das Konzept des Multikulturalismus dient letztlich einer weiteren Ausgrenzung von Minderheiten - wie sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, auch im Bildungssystem, nachweisen läßt.

Unter Multikulturalismus soll an dieser Stelle im weitesten Sinne die gleichberechtigte Koexistenz von Mehrheiten und Minderheiten in einer Gesellschaft verstanden werden. Nach Habermas kann dies

„für jeden Bürger die gesicherte Chance bedeuten, ungekränkt in einer kulturellen Herkunftswelt aufzuwachsen und seine Kinder darin aufwachsen zu lassen ...“ (S. 175, 1993).

Kultur und auch *Multikultur* sind kein Zustand, sondern ein gesellschaftlicher Prozeß. Sollte die Idee des Multikulturalismus das Leitbild einer zukunftsweisenden Familienpolitik, aber auch des sozialen Handelns und der Bildungsarbeit sein, so muß diskutiert werden, wie ein solches Leitbild in die Praxis umgesetzt werden kann, ohne weiteren Funktionalisierungen und ideologischen Kämpfen zu dienen. Die im folgenden entwickelten Prämissen einer interkulturellen Bildungsarbeit stellen den Versuch einer bereichsspezifischen und praxisorientierten Verwendung dar.

6. Ost-West-Aspekte

Den deutsch-deutschen Vergleich in bezug auf die Situation der Lage von Minoritäten und eingewanderten Familien zu erweitern, ist eine herausragende und zukunftsweisende Perspektive für die Familienbildungsarbeit. Wie bereits oben detailliert dargelegt, ist sowohl die Zusammensetzung der ausländischen Population als auch das gesamte gesellschaftlich-historische Umfeld in den neuen Bundesländern unterschiedlich zu der Situation in den alten Ländern. Die Population der Vietnamesen ist in den neuen Bundesländern die wichtigste Gruppe. Hier müßte zunächst die Erweiterung der Kenntnisse über diese Gruppe und ihre Herkunftsgesellschaft zu einem allgemeinen Anliegen der Familienbildungsarbeit werden. (Ob möglicherweise in Zukunft in den neuen Bundesländern verstärkt Aussiedler angesiedelt werden, ist noch nicht abzusehen, ist aber ein Punkt in gegenwärtigen politischen Diskussionen.)

Inwieweit sich die Zielsetzung interkultureller Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern von derjenigen in den alten Bundesländern unterscheiden sollte, kann gegenwärtig nicht beurteilt werden. Empirisch fundierte Untersuchungen über beispielsweise die Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit in den neuen Ländern liegen derzeit nicht vor. Die häufig vertretene Annahme, daß die neuen Länder fundiertere Aufklärung in „Sachen Ausländer“ benötigten, müßte zunächst kritisch beurteilt werden. Die gesellschaftlichen und politischen Strukturen der DDR, die DDR-spezifischen Muster der Ausgrenzung von Fremden werden in den bis dato vorliegenden Befragungsstudien nicht in den Blick genommen, so die These der Analyse von Krüger-Potratz (1991). Meist wurden in diesen Studien lediglich allgemeinere, bereits aus der Tageszeitungslektüre zu gewinnende Kenntnisse wiedergegeben: Daß es Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern gibt, daß sie sich zunehmend offener und aggressiver gezeigt hat und daß

sich darin eine zunehmende soziale und politische Verunsicherung der Bürger im Zuge der politischen und ökonomischen Umgestaltung ihrer Gesellschaft manifestiert. Es fehlen Untersuchungen, die die aktuellen Phänomene und die Ausgrenzungsmuster der DDR-Gesellschaft in eine Analyse der politischen und gesellschaftlichen Struktur der DDR und deren Wandel einbeziehen (ebd., S. 31).

Die in der DDR entwickelten Konzepte zur antifaschistischen und anti-rassistischen Erziehung müßten dabei ebenfalls sorgfältig analysiert werden, da sie Form und Inhalt der Auseinandersetzung zwischen Mehrheiten und Minderheiten geprägt haben (ebd., S. 41). Die ihnen zugehörigen Theorien und Sichtweisen lassen sich nach Krüger-Potratz dadurch kennzeichnen, daß Faschismus, Rassismus und Antisemitismus nur *außerhalb* der DDR bzw. außerhalb des realsozialistischen Staatenblocks existierten - d. h., die Trennung in 'innen' und 'außen' vermittelte den Schülern, daß sie selbst frei von diesen zu verurteilenden Eigenschaften seien und daß sie anderen etwas vermitteln könnten (ebd., S. 34ff).

Bezieht man diese wenigen Ergebnisse auf die Möglichkeiten der Familienbildungsarbeit in den neuen Bundesländern, so muß an dieser Dissoziation der Vorurteile und Stereotypenbildung angesetzt werden. Das Selbstbild und das Fremdbild stehen dabei in Frage und bedürfen der Veränderung. Die eigene Wahrnehmung wird dabei in Frage gestellt - was aber voraussetzt, die eigene Entwicklung im Rückblick reflektieren zu können. Dazu gehört auch, Aspekte wie 'die Geschichte der Ausländerbeschäftigung' und 'Minderheiten und die Lebenslage von Minderheitenfamilien in der ehemaligen DDR und in der Gegenwart' kennenzulernen. Zu den unter dem alten Regime ausgegrenzten Minderheiten gehörten nicht nur die auf Zeit bzw. auf Dauer in der DDR lebenden Ausländer (vor allem Vietnamesen) und Flüchtlinge, sondern auch solche Gruppen wie praktizierende Christen, die Zeugen Jehovas, Juden, die Sorben, die Sinti, aber auch die Afrodeutschen bzw. die Kinder aus bikontinentalen Partnerschaften. Nach der Öffnung der Grenzen nutzten z. B. türkische Staatsbürger, meist Kurden, die DDR als Zwischenstation auf ihrer Flucht, nicht anders als Flüchtlinge aus Syrien und Sri Lanka. Ca. 20.000 Polen und mehrere tausend Personen aus anderen osteuropäischen Ländern versuchten, Anträge auf Einbürgerung und Niederlassung in der DDR zu stellen, und Flüchtlinge aus Rumänien, vor allem Roma, suchten hier Zuflucht (ebd., S. 97ff.). Die Situation dieser Gruppen sollte in die Familienbildungsarbeit Eingang finden, des weiteren sollte überlegt werden, inwieweit die innerdeutsche Ost-West-Migration von deutschen Familien ein Thema der Familienbildungsarbeit werden sollte.

7. Prämissen einer interkulturellen Familienbildungsarbeit - Ausblick für die Praxis

7.1 Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste und die Vernetzung der Angebote

Gegenwärtige Themen der Diskussion über Familienpolitik bzw. Familienbildungsarbeit sind einerseits die Frage nach der systematischen Öffnung der sozialen Dienste und der Aufhebung polarisierter Strukturen. Hierzu gehört die Aufhebung einer Differenzierung der Angebote nach *einzelnen* Zuwanderergruppen wie auch die Integration der Angebote für Einheimische und Zugewanderte. Wie bereits im Bereich der Ausländerarbeit deutlich wird, entspricht die einseitige Ausrichtung auf einzelne Gruppen nicht mehr dem Bedarf. Hier wird seit längerem die Integration von Aussiedler- und Ausländerarbeit gefordert und modellhaft praktiziert.

Der Vernetzungsgedanke richtet sich darauf, die einzelnen Ressourcen im kommunalen Raum zusammenzubringen und zu nutzen. Hierzu müssen *gemeinsame* Konzeptionen erarbeitet werden. Wie sich bereits abzeichnet, bietet diese Form der Kooperation ein Podium, um gemeinsam zu zukunfts-trächtigen Konzepten zu gelangen. Die Vernetzung ist nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine gedankliche Herausforderung. Die Zusammenarbeit verschiedener Initiativen und Träger bietet die Chance, die individuellen Ethnozentrismen, aber auch die Verbandszentrismen zu überprüfen.

7.2 Kaleidoskopische Sichtweise in der interkulturell ausgerichteten Familienbildung

Integration setzt die oben erläuterte materielle Integration voraus, demzufolge ist die Schaffung dieser Bedingung eines der wichtigsten Ziele von Familienpolitik und Bildungsarbeit. Familienbildungsarbeit richtet sich darüber hinaus auch auf weitere Komponenten eines Integrationsprozesses. Hierzu zählen die Aspekte der mentalen und sozio-emotionalen Integration.

Migranten- und Aussiedlerfamilien sind durch vielfältiges Konfliktpotential belastet, wovon die einzelnen Familienmitglieder und Generationen unterschiedlich betroffen sind. Hierzu zählen, wie detailliert dargelegt, die Trennungen, die unterschiedlichen Grade bereits gelungener Integration, die verschiedenen Anforderungen an Geschlechtsrollen und Aufgabenteilung, die veränderten Bedingungen der Arbeits- und Lebenswelt im gesamten Umfeld der Familie. Interkulturelle Familienbildung muß eine gefächerte

Angebotsstruktur haben, um auf diese Herausforderungen reagieren zu können. Die inhaltliche Differenzierung dieses Angebots muß in bezug auf die verschiedenen Zielgruppen weiter vorgenommen werden. Familienbildungsarbeit in den neuen Bundesländern muß auf die Bedingungen und die historischen Dimensionen der interkulturellen Thematik in dieser Region abgestimmt werden und beispielsweise an der Dissoziation der Feindbilder ansetzen.

7.3 Zwischen Universalismus und Kulturrelativismus

Familienbildung wird sich - ähnlich wie die gegenwärtige theoretisch-sozialwissenschaftliche Debatte um die Gestaltung multikultureller Gesellschaftsverhältnisse - in der Dynamik dieser beiden strategischen Ausrichtungen einer Familienpolitik bewähren und eine eigene Balance darin zu finden haben. Die Achtung und der Respekt vor Menschen und Familien aus anderen Kulturen sowie der Wunsch, zur Aufrechterhaltung und Pflege ethnischer und kultureller Besonderheiten beizutragen, darf die Bedingung der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft und der demokratischen Rechtsordnung nicht verletzen. Insbesondere in bezug auf die Situation von jungen Mädchen und Frauen in ausländischen Familien muß hier im Auge behalten werden, daß ihre Gleichberechtigung nicht einer kulturellen Eigenheit oder sogenannten Traditionen geopfert wird.

7.4 Das Ziel der interkulturellen Kompetenz - curriculare Reflexion und didaktische Strategien

Eine der wesentlichen Aufgabenstellungen der interkulturellen Bildungsarbeit sollte sein, *alle* in interkulturellen Begegnungen involvierten Gruppen anzusprechen und ihre interkulturelle Kompetenz auszubilden und zu erweitern. *Selbsterfahrung und Supervision* sind dabei die methodischen Zugriffsweisen für die Weiterbildung von in der Familienberatung und im sozialen Bereich *tätigen Berufsgruppen*. Diese Art von 'Training' auf der Meta-Ebene setzt einerseits *thematisch und theoriebezogen* an, andererseits an den *kommunikativen Strategien* - d. h., hier wird auf die Fortbildung der sozialen und kommunikativen Kompetenz abgehoben. Die Bereitschaft, eigene Arbeitsstile und gewohnte Herangehensweisen zu ändern sowie die eigene soziale Kompetenz in Richtung interkultureller Fähigkeiten zu erweitern, muß geschult werden.

- a) Folgende Themen sollten - theorieorientiert und sachbezogen - zum Gegenstand von Weiterbildungsangeboten werden: die gesellschaftliche Situation, das Verhältnis von Mehrheit und Minderheiten, Arbeits- und Lebensbedingungen, die Bedingungen der Herkunftsgesellschaften von Einwanderern, aber auch die Bedingungen der Aufnahmegesellschaft, Geschlechterverhältnisse und Geschlechtsrollenorientierungen in den beteiligten Gesellschaften und Kontexten, Zukunftsvorstellungen der Einwanderer im Verhältnis zu den Einheimischen etc. Thematisch gebundene Weiterbildung bedeutet somit auch, sich theoretische Kenntnisse über die gesellschaftlichen Bedingungen der gegenwärtig in Deutschland gelebten Einwanderungssituation und der daraus resultierenden interkulturellen Konfliktsituationen zu erwerben. Die in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit, der Familienbildung und -beratung und in der sozialen Arbeit involvierten Berufsgruppen müssen beispielsweise die Funktionsweisen gesellschaftlicher Ausgrenzungsmechanismen theoretisch nachvollziehen können und in der Lage sein, mit dem eigenen analytischen und praxisbezogenen 'Handwerkszeug' die Mechanismen kulturbezogener Ausgrenzungsdiskurse zu erkennen und möglichst zu unterlaufen. In der gegenwärtigen sozialarbeiterischen Praxis und auch in vielen interkulturellen Ansätzen und ebenso in wissenschaftlichen Publikationen zu diesem Thema werden immer noch allzu häufig soziale Konflikte mit der kulturellen Herkunft erklärt bzw. die aus ihnen resultierenden Konfrontationen als Kulturkonflikte interpretiert. Soziale und rechtliche Ungleichheit beherrschen den gesamten Bereich der Eingliederung von in die Bundesrepublik einwandernden oder flüchtenden Menschen - aber die herrschenden Diskurse über diesen Bereich lassen sich dadurch charakterisieren, daß sie die *individuelle* Problematik favorisieren. Die Probleme von Jugendlichen werden z.B. gern ethnisiert, ihre strukturell bedingten Probleme, eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz zu finden, vielleicht eine Bildungskarriere fortzusetzen, werden nicht strukturell erklärt, sondern als familiäre oder persönliche, durch die kulturelle Besonderheit bedingte Schwierigkeiten beschrieben. Die sozialen Folgen von Migration sind gesellschaftlich verursacht und verlangen ein theoretisch untermauertes Erklärungsmodell, das in der praktischen Handhabung zum Potential werden kann.
- b) Auf der Meta-Ebene des kommunikativen Trainings bzw. der Erweiterung der sozialen Kompetenz sind die *Vergleichsorientierungen* der Beteiligten ein hervorragender Ausgangspunkt für alle weiteren didaktischen Maßnahmen. Hierbei findet eine Auseinandersetzung etwa mit folgenden Fragen statt: Mit wem vergleiche ich mich, mit wem nicht, was empfinde ich dabei, gibt es Überlegenheits- und Unterlegenheitsge-

fühle - aber auch: in welchen Kontexten vergleiche ich mich, fühle ich mich wohl dabei, wo fühle ich mich besser, was sind subtile Ausgrenzungsmechanismen, wie begegne ich Mitgliedern anderer Kulturen mit mehr Offenheit etc. Die zentrale Dimension der Vergleichsorientierung scheint in den bis dato vorliegenden Konzeptionen interkultureller Erziehung und in den Überlegungen zur Steigerung der Kompetenz in interkultureller Kommunikation kaum oder nicht berücksichtigt (Herwartz-Emden, 1995a). Die Aneignung fremdkultureller Wissensbestände, Arten von Welterfassung und Verhaltensweisen ist vielfältig bestimmt durch *Machtverhältnisse*, die sich in interkulturellen Begegnungen niederschlagen und sie strukturieren. Es begegnen sich nicht nur Individuen, sondern Mitglieder von gesellschaftlichen Gruppen - was bedeutet, daß von ihnen 'in group'- und 'out group'-Definitionen getroffen werden, die in die *Fremdbilder*, aber auch in die *Selbstbilder* eingehen. Alle Attribuierungen sind davon betroffen, Klischees, Vorurteile und Stereotypen sind die Folge. Eine beispielhafte Differenzierung der genannten Aspekte findet sich in den Bausteinen einer interkulturellen Erziehung, wie sie Albert (S. 132ff, 1993) für das Ausländerstudium an der TU Berlin entwickelte. Sie zielt in dieser Unterrichtseinheit auf einen Erkenntnis- und Lernprozeß der Studierenden, in dem systematisch die von ihnen transportierten Fremd- und Selbstbilder zum Gegenstand werden.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auf der Seite der Klientel von Familienarbeit und -bildung auf *multikulturell* zusammengesetzte Gruppen abzu zielen; d. h., die Weiterbildung der sozialen Kompetenz sollte sich nicht nur an einwandernde Zielgruppen richten, sondern ebenfalls an einheimische, deutsche Familien. In entsprechend ausgerichteten Kursen und Angeboten sollten - themenspezifisch - multikulturell zusammengesetzte Teilnehmergruppen miteinander arbeiten; auf der 'Trainerseite' bzw. der Seite der Referenten/Leiter müßte das multikulturelle Team zur Regel werden.

7.5 Aufhebung der Polarisierung und Hinwendung zu einer interaktiven Struktur

Die Ausrichtung der Familienbildung an einerseits deutschen und andererseits ausländischen Familien muß aufgehoben werden. Wie bereits in Punkt 7.4 dargelegt, setzt die Zielerreichung einer interkulturellen Kompetenz die Ausrichtung auf *sowohl* deutsche als auch eingewanderte Teilnehmer voraus. Darüber hinaus sollte interkulturelle Familienarbeit an der gemeinsamen Alltagsrealität von einheimischen und zugewanderten Familien anset-

zen. Hier ergibt sich die Notwendigkeit eines vielfältigen Angebots, wenn die zahlreichen Veränderungen und Herausforderungen (wie oben detailliert dargelegt) die Familienleben in der Gegenwart ausmachen, in Rechnung gestellt werden. Die rasante Zunahme von Ein-Eltern-Familien - die auch bei zugewanderten Familien durch Trennungen und den Anstieg von Scheidungen zu beobachten ist - mit ihren spezifischen Erziehungsproblematiken könnte beispielsweise ein gemeinsamer Ausgangspunkt sein. Allerdings sollte auch die Balance zwischen den jeweiligen Bedürfnissen der einzelnen *Zielgruppen* gehalten werden. Zugewanderte Familien haben z. B. meist erhöhten Beratungsbedarf; z.B. in bezug auf Rechtsberatung und Familienberatung in Trennungs- und Scheidungsfällen muß je nach Herkunft und vor allem zwischen Aussiedlern und Ausländern - mit je anderem Rechtsstatus - differenziert werden. Beispiele:

- a) Modellhaft hat die Arbeiterwohlfahrt in Deutschland - als der einzige Wohlfahrtsverband - kontinuierlich Konzepte interkultureller Weiterbildung für in der Familien- und Sozialarbeit tätige Berufsgruppen entwickelt. Zwischen 1991 und 1995 hat die AWO auf Bundesebene z.B. drei Kursreihen in 'Systemischer Familienberatung' für Einheimische *und* Migranten organisiert und durchgeführt. Ziele der jeweils viereinhalbjährigen berufsbegleitenden Weiterbildung waren - neben der Vermittlung systemischer Denkweisen und Methoden und der Frage ihrer Vermittlung in der Praxis bzw. der Reichweite der Beratungskonzepte - unter anderem: die Reflexion der eigenen Herkunftsfamilie, der Migrationsprozesse und des gegenwärtigen Lebenskontextes sowie die familialen Konfliktmuster und Bewältigungsformen aus interkultureller Sicht (iza, Heft 3 und 4, 1996). Welche Möglichkeiten eine solche Herangehensweise bietet, zeigt sich beispielsweise darin, daß in der Familiengeschichte vieler einheimischer Familien Migranten, Flüchtlinge oder Einwanderer eine Rolle spielen und so in bezug auf die Problematik ein selbstreflektorischer Prozeß einbezogen wird, der eine gemeinsame Perspektive erlaubt und die interkulturelle Arbeit leitet. Die AWO bietet im Jahre 1997 beispielsweise im Beratungsbereich einen Kurs zum Thema 'Formen der Beratung und Konfliktbewältigung aus interkultureller Sicht' an (Fortbildungsangebot Abt. V, Internationales und Migration, Bundesverband Bonn). Methodisch wird hier ein interkultureller Ansatz verfolgt, verschiedene kulturelle Blickwinkel der am Beratungsprozeß Beteiligten herauszuarbeiten und vielfältige Lösungsmöglichkeiten aus unterschiedlichen Kulturkreisen zu nutzen. Ein weiterer Kurs mit dem Titel 'Transkulturelle Beratung' wird mit ähnlicher Zielsetzung angeboten. Er verfolgt das Ziel, übergeordnete Aspekte der Kommunikation, Lebensthemen, Vermächtnisse, die sich in allen Kulturen finden, zum

- Thema zu machen. Im Vordergrund steht - so das Kursangebot - 'das Verbindende'.
- b) Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen EAF hat sich der Frage der 'Familienbildung und Elternarbeit in der Einwanderungsgesellschaft' zugewandt und die bundesdeutsche Familienbildung in bezug auf ihre interkulturellen Perspektiven und Ansätze untersucht. Die beeindruckenden Ergebnisse dieser Arbeit erlauben unter anderem, die strukturellen Faktoren bzw. die notwendigen Potentiale für die Umsetzung solcher Perspektiven einzuschätzen. Der Autor Koderisch (1996) gelangt aufgrund einer Erhebung der Angebotsstruktur unter anderem zu der wichtigen Einschätzung, daß überall dort, wo eine auf Dauer gerichtete interkulturelle Öffnungsperspektive von allgemeinen Einrichtungen der Familienbildung zu gelingen scheint, Hauptamtliche *unterschiedlicher* Herkunft tätig und an der Weiterentwicklung ihrer Einrichtung beteiligt sind (ebd., S. 49). Eine entsprechend langfristig ausgerichtete Praxis gelingt nach Koderischs Auffassung weiterhin vor allem dort, wo ein klarer *sozialräumlicher Bezug* in der Konzeption der Einrichtung verankert ist und die Angebotsentwicklung in Formen und Inhalten weniger an den eigenen Ansprüchen, sondern mehr an den Bedürfnissen der unterschiedlichen Familien anknüpft. Die Zusammenarbeit mit Krippen, Kindergärten und Schulen ist dabei von ganz besonderer Bedeutung.

Die konzeptionellen Konsequenzen für eine interkulturelle Öffnung der Familienbildung, zu denen das Projekt gelangt, sehen u. a. vor, multi-kulturelle Teams zu fördern, die Zugänge zu den Angeboten für eingewanderte Familien zu erleichtern und Themenwahl und Kursdidaktik entsprechend zu gestalten sowie die interkulturelle Kompetenz und Sensibilität der Mitarbeiter zu fördern. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Konsequenz des Projekts, auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen hinzuweisen und die Möglichkeiten der Kooperation zu prüfen.

7.6 Erziehung und Sozialisation als Themenbereich der Familienbildung

Die Funktion eingewanderter Familien für die in ihnen aufwachsenden Kinder und Jugendlichen muß sehr differenziert betrachtet werden und kann keinesfalls auf dem Hintergrund eines Traditions-Modernitäts-Paradigmas kurzschlüssig interpretiert werden. Familie kann nicht mehr als 'Defizitsystem' angesehen werden. Für die Jugendlichen in diesen Familien ergeben

sich sehr vielfältige Konstellationen; bekannt und empirisch belegt ist beispielsweise die Bedeutung der Unterstützungsfunktion der Mütter und Väter im Bildungs- und Berufsfindungsprozeß der Töchter. Inwieweit etwa in diesem Bereich eine gemeinsame Arbeit mit Eltern *und* Jugendlichen angebracht ist, müßte überprüft werden. Daß die Phasen des Erwachsenwerdens zu enormen Konflikten zwischen den Generationen in Familien führen, ist bekannt. In bezug auf ausländische Familien sollte hier das Augenmerk darauf gerichtet werden, Probleme, die aus der Pubertät, aus einer spezifischen Lebensphase resultieren, nicht zu 'ethnisieren'. Dies gilt ebenfalls für viele andere konflikthafte Situationen. Eine interaktive Struktur der Familienbildungsarbeit kann genau diese Gefahr reduzieren, da hier eigentlich die gemeinsame Problematik - von Familien verschiedener Herkunft - thematisiert werden müßte. *Gemeinsamkeiten und Differenzen* können so erarbeitet werden.

Literatur

- Alba, Richard D., Handl, Johann, Müller, Walter, Ethnische Ungleichheiten im Deutschen Bildungssystem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46. Jg., Heft 2, S.209-237, 1994
- Albert, Marie-Theres, Weltweite Entwicklungen und kulturalistische Bildung, Eine Kritik, Weinheim 1993
- Arbeitsmarkt 1993, Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsmarktanalyse für die alten und die neuen Bundesländer, hg. von der Bundesanstalt für Arbeit, 42. Jg., Sondernummer, S.101-111 u. 187/188, Nürnberg 1994
- Ausländer in Deutschland/AID, Informationsdienst zu aktuellen Fragen der Ausländerarbeit, hg. v. Isoplan, Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH, Saarbrücken; 1/1994, 10. Jg., S.3; 2/1994, 10. Jg., S.2; 1/1995, 11. Jg., S.1-3; 2/1995, 11. Jg., S.8/10-11/15
- Bade, Klaus J. (Hg.), Neue Heimat im Westen, Vertriebene, Flüchtlinge Aussiedler, Westfälischer Heimatbund, Münster 1990
- Bade, Klaus J., Zusammenleben in einem multikulturellen Staat, Probleme und Perspektiven, in: Bertelsmann-Stiftung (Hg.), Carl Bertelsmann-Preis, Einwanderung und Integration von Ausländern in einer Zeit des Wandels, S.59-74, Gütersloh 1993
- Bade, Klaus J., Ausländer, Aussiedler, Asyl, Eine Bestandsaufnahme, München 1994a
- Bade, Klaus J., Was man tabuisiert, kann man nicht gestalten. Die große Ratlosigkeit, Einwanderungsprobleme ohne Einwanderungspolitik, in: Frankfurter Rundschau, 21.11.1994b
- Bade, Klaus J., Die verweigerte Heimat, Deutschland war schon immer ein Einwanderer- und Auswandererstaat. Doch es hat aus der eigenen Geschichte bis heute nicht gelernt, in: Die Woche, 15.12.1995
- Bade, Klaus J., Einleitung: Grenzerfahrungen - die multikulturelle Herausforderung, in: Bade, Klaus J. (Hg.), Menschen über Grenzen - Grenzen über Menschen, Die multikulturelle Herausforderung, S.8-19, 1996a
- Bade, Klaus J., Spiel mit dem Feuer, Nicht Sündenböcke, sondern überzeugende Konzepte sind gefragt, in: Süddeutsche Zeitung, S.3, 29.02.1996b
- Beck, Ulrich, Risikogesellschaft, Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main, 1986
- Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.), Riskante Freiheiten, Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt/Main, 1994
- Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1993, hg. von der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, Bonn, März 1994
- Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, hg. von der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, Bonn, Dezember 1995

- Birg, Herwig, Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und Einwanderungen, Referat im Rahmen der "IMIS - Tagung", Einwanderungsland Bundesrepublik in der Europäischen Union - Gestaltungsauftrag und Regelungsmöglichkeiten, 23./24. Februar, Osnabrück 1996
- Böhme, Gernot u. a. (Hg.), Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994
- Bommes Michael, Lebenszusammenhänge von Migrantenjugendlichen türkischer Herkunft, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H.1, S. 52-61, 1990
- Bommes, Michael, Individualisierung von Jugend - ausgenommen Migrantenjugendliche, in: Migration, A European Journal of International Migration and Ethnic Relations, H.14, S. 61-90, 1992
- Bommes, Michael, Radke, Frank-Olaf, Institutionalisierte Diskriminierung von Migrantenkindern, Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, in: Zeitschrift für Pädagogik, 39. Jg., Nr. 3, S.483-497, 1993
- Boos-Nünning, Ursula u. a., Zusammenarbeit mit ausländischen Familien, Sozialpädagogische Arbeit im Umgang Schule/Beruf, Materialband der HAUPT-SELLE RAA im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales/NW, Essen 1993
- Borris, Maria, Ausländische Arbeiter in einer Großstadt, Frankfurt/ Main 1973
- Brunken, Ulricke, Jugendliche MigrantInnen beim Übergang von der Schule in das Erwerbsleben, in: Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, 46. Jg., Heft 2/3, S.109-115, 1995
- Bundesministerium für Familie und Senioren (Hg.), Leitsätze und Empfehlungen zur Familienpolitik im Vereinigten Deutschland, Gutachten des wissenschaftlichen Beirates für Familienfragen beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Band 1, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren, Stuttgart 1991
- Bundesministerium für Familie und Senioren (Hg.), Zwölf Wege der Familienpolitik in der Europäischen Gemeinschaft, Eigenständige Systeme und vergleichbare Qualitäten? Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie und Senioren, Schriftenreihe Band 22.1, Stuttgart 1993
- Campani, Givanna, Transnational perspectives in migrant women's employment, Vortrag beim Symposium „Migrant women in the 1990s“, Barcelona 1992
- Deutscher Familienverband, Bundesverband (Hg.), Politik für Familien, Vorstellungen und Forderungen, Bonn 1994
- Diekmann, Andreas, Engelhardt, Henriette, Hartmann, Peter, Einkommensungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland, Diskriminierung von Frauen und Ausländern?, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, hg. von Bolte, Karl Martin, Buttler, Friedrich u. a., 26. Jg., S.386-398, 1993
- FAFRA-Werkstattbericht Mai 1994, Basisdaten der Stichprobe, Sozialstatistik, Universität Osnabrück 1994
- Fachzeitschrift Familienbildung, Blickpunktthema „Interkulturelle Familienbildung“, H.3, S.14-35, 1996
- Familienbildung heute, Prävention oder Luxus, Dokumentation, hg. von der Stadt Köln, Jugendamt - Abteilung Jugendförderung/Interkultureller Arbeitskreis Migration und psychische Gesundheit e. V., Köln 1995

- Geißler, Rainer, Die Sozialstruktur Deutschlands, Ein Studienbuch zur sozial- strukturellen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland, Opladen 1992
- Granato, Mona, Meissner, Vera, Hochmotiviert und abgebremst, Junge Frauen ausländischer Herkunft in der Bundesrepublik Deutschland, Eine geschlechtsspezifische Analyse ihrer Bildungs- und Lebenssituation, in: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.), Ausländische Jugendliche in Deutschland, Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 165, Berlin/Bielefeld 1994
- Gümen, Sedef, Herwartz-Emden, Leonie, Ethnische Stereotypen, Fremdheit und Abgrenzung, in: 'Frieden und Wissenschaft', Osnabrücker Jahrbuch 3/1996, S.181-197, Osnabrück 1996
- Gümen, Sedef, Herwartz-Emden, Leonie, Westphal, Manuela, Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als weibliches Lebenskonzept, eingewanderte und westdeutsche Frauen im Vergleich, in: Zeitschrift für Pädagogik, 40. Jg., Nr. 1, S.63-80, 1994
- Habermas, Jürgen, Anerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat, in: Taylor, Charles, Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Mit Kommentaren von Amy Gutman (Hg.), Steven C. Rockefeller, Michael Walzer, Susan Wolf und einem Beitrag von Jürgen Habermas, S.147-196, Frankfurt/Main 1993
- Hauser, Richard, Kinstler, Hans-Joachim, Zuwanderer unter den Caritas-Klienten, Sonderauswertung der Caritas-Armutsuntersuchung, in: Zeitschrift für Caritasarbeit und Caritaswissenschaft, H. 1, 95. Jg., S.4-20, Januar 1994
- Heckmann, Friedrich, Ethnische Minderheiten, Volk und Nation, Soziologie interethnischer Beziehungen, S.74-95, Stuttgart 1992
- Heinelt, Hubert, Lohmann, Anne, Immigranten im Wohlfahrtsstaat, Am Beispiel der Rechtspositionen und Lebensverhältnisse von Aussiedlern, Opladen 1992
- Herwartz-Emden, Leonie, Evaluation des Standes der Forschung zur kompensatorischen und interkulturellen Bildung ausländischer und deutscher Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland, Gutachten für die Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000“ des 11. Deutschen Bundestages, Bonn 1991a
- Herwartz-Emden, Leonie, Migrantinnen und ihre Familien in der Bundesrepublik Deutschland, Ein Bericht zum Forschungsstand, in: Ethnizität und Migration, 2, S.5-29, 1991b
- Herwartz-Emden, Leonie, Der Schein trägt, Ausländische Jugendliche im Schul- und Bildungssystem in Niedersachsen, in: Betrifft, Mehrheiten/Minderheiten, hg. von der Ausländerbeauftragten des Landes Niedersachsen, Nr. 1, S.4-6, 1992
- Herwartz-Emden, Leonie, Interkulturelle Erziehung und Vergleichsorientierung - Folgerungen aus einem empirischen Forschungsprojekt mit deutsch-sowjetischen Aussiedlern, in: Bildung und Erziehung, H.3, S.331-350, 1995a
- Herwartz-Emden, Leonie, Mutterschaft und weibliches Selbstkonzept, Eine interkulturell vergleichende Untersuchung, Weinheim/München 1995b

- Herwartz-Emden, Leonie, „Die Gestaltung von Mutterschaft und Erziehung im Prozeß der Einwanderung“, in: Frauen in der Einen Welt, Zeitschrift für interkulturelle Frauenalltagsforschung, Weibliche Lebensformen in Deutschland II, S.76-93, 1/1996a
- Herwartz-Emden, Leonie, Familienleben in Deutschland, Stereotypen und Alltagsrealitäten, in: Koderisch, Andreas, Interkulturelle Öffnung - aber wie? Familienbildung und Elternarbeit in der Einwanderungsgesellschaft, Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen - EAF (Hg.), S.156-167, Bonn 1996b
- Herwartz-Emden, Leonie, Öffentlichkeit, Multikulturalität, Geschlechterverhältnis, in: Gogolin, Ingrid, Krüger-Potratz, Marianne, Meyer, Meinert (Hg.), Pluralität und Bildung, Opladen 1997a
- Herwartz-Emden, Leonie, Erziehung und Sozialisation in Aussiedlerfamilien, Einwanderungskontext, familiäre Situation und elterliche Orientierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B7-8/97, S.3-9, 7.2.1997b
- Herwartz-Emden, Leonie, Westphal, Manuela, Bildungserwartungen und Berufsmotivation von Aussiedlerinnen aus der ehemaligen Sowjetunion, in: Unterrichtswissenschaften, Zeitschrift für Lernforschung, 21. Jg., H.2, S.106-125, 1993
- Herwartz-Emden, Leonie, Westphal, Manuela, Aussiedler in Niedersachsen, in: Fremde im Land, Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg, hg. von Bade, Klaus J., Reihe IMIS-Schriften Band III, S.167-212, Osnabrück 1996
- Herwartz-Emden, Leonie, Westphal, Manuela, Konzepte mütterlicher Erziehung in Einwanderer- und Migrantenfamilien - Ergebnisse einer interkulturellen Studie, in: ZSE - Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 17. JG, H. 1, S.56-73, 1997
- Hettlage, Robert, Familienreport, Eine Lebensform im Umbruch, München 1992
- Hettlage-Varjas, Andrea, Hettlage, Robert, Auf der Suche nach der verlorenen Identität, Kulturelle Zwischenwelten - eine soziopschoanalytische Deutung des Wandels bei Fremdarbeitern, in: Journal, Psychoanalytisches Seminar Zürich (Hg.), S.26-48, 20/1989
- Hopf, Dieter, Hatzichristou, Chryse, Rückkehr in die Heimat, Zur schulischen und sozialpsychologischen Situation griechischer Schüler nach der Remigration, in: Zeitschrift für Pädagogik, 40. Jg., Nr. 1, S.147-170, 1994
- Info-Dienst Deutsche Aussiedler, hg. von dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Nr. 6, S.2, 1995
- Informationen aus gemeinsam, Ausländer und Deutsche in Schule, Nachbarschaft und Arbeitswelt; Monatlicher Informationsdienst (Hg.), Regionale Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher (RAA), Essen: 1/1993 (Jan.), S.5; 3/1994 (Mai), S.8; 4/1994 (Aug.), S.1; 5/1994 (Nov.), S.5; 2/1995 (Mai), S.4
- iza, Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Interkulturelle Sozialarbeit, H.3/4 1996

- Keller, Hans, Erfahrungen-Meinungen, Eingliederungshilfen für Aussiedler, Flüchtlinge, Asylanten und Ausländer, Überlegungen zur praktischen Umsetzung des Migrationspapiers BAG EJAD, in: Sozialpädagogik, Zeitschrift für Mitarbeiter, 36. Jg., S.225-228, 1994
- Kiefl, Walter, Zur sozialen Integration von Aussiedlerinnen und Aussiedlern, Versuch einer Bilanz von Integrationsmaßnahmen und -programmen, Zusammenfassung der Podiumsdiskussion am 1.12.1995 im Rahmen der Fachtagung des Deutschen Jugendinstituts München e. V. in Bremen
- Koch-Arzberger, Claudia, Die Ausländer in den Augen der Deutschen, in: Koch-Arzberger, Claudia u. a. (Hg.), Einwanderungsland Hessen? Daten, Fakten, Analysen, S.17-29, Opladen 1993
- Koderisch, Andreas, Abwarten reicht nicht - Plädoyer für eine bewußte interkulturelle Öffnung der Familienarbeit, in: Familienpolitische Informationen, hg. von der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen Bonn, 34. Jg., Nr. 1, S.1-5, 1995
- Koderisch, Andreas, Interkulturelle Öffnung - aber wie? Familienbildung und Elternarbeit in der Einwanderungsgesellschaft, Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen EAF (Hg.), Bonn 1996
- König, Peter, Schultze, Günther, Wessel, Rita, Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland - Repräsentativuntersuchung '85, Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg.), Forschungsbericht 133, Bonn 1986
- Körner, Heiko, Arbeitsmarkt und Immigration, Referat im Rahmen der "IMIS - Tagung", Einwanderungsland Bundesrepublik in der Europäischen Union - Gestaltungsauftrag und Regelungsmöglichkeiten, 23./24. Februar, Osnabrück 1996
- Krüger, Dorothea, Potts, Lydia, Aspekte generativen Wandels in der Migration, Bildung, Beruf und Familie aus der Sicht türkischer Migrantinnen der ersten Generation, in: Zeitschrift für Frauenforschung, 13. Jg., H.1/2, S.159-172, 1995
- Krüger-Potratz, Marianne, Anderssein gab es nicht, Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster/New York 1991
- Kürsat-Ahlers, Elcin, Migration als psychischer Prozeß, in: Altia, Iman u. a. (Hg.), Multikulturelle Gesellschaft - monokulturelle Psychologie? Antisemitismus und Rassismus in der Psychosozialen Arbeit, S.157-171, Tübingen 1995
- Landessozialbericht, Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen, Die Lebenslage der Menschen aus den ehemaligen Anwerbeländern und die Handlungsmöglichkeiten der Politik, Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, hg. vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Bd. 6, S.50-55, Neuss 1994
- Ley, Katharina, Frauen in der Emigration, Eine soziologische Untersuchung der Lebens- und Arbeitssituation italienischer Frauen in der Schweiz, Frauenfeld /Stuttgart 1979
- Luchtenberg, Sigrid, Nieke, Wolfgang (Hg.), Interkulturelle Pädagogik und Europäische Dimension, Herausforderungen für Bildungssystem und Erziehungswissenschaft, Festschrift für Manfred Hohmann, Münster/New York 1994

- Marburger, Helga (Hg.), Ost - West - Migration, Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migranten aus Osteuropa in den neuen Bundesländern und Berlin, Frankfurt/Main 1994
- Merkens, Hans, Nauck, Bernhard, Ausländerkinder, in: Markefka, Manfred, Nauck, Bernhard (Hg.), Handbuch der Kindheitsforschung, S.447-457, Neuwied /Kriftel/Berlin 1993
- Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (Hg.), Daten und Fakten zur Ausländersituation, Bonn 1994
- Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (Hg.), Nr. 5, In der Diskussion, Empfehlungen zur interkulturellen Öffnung sozialer Dienste, Bonn 1994
- Morokvasic, Mirjana, Rudolph, Hedwig (Hg.), Wanderungsraum Europa, Menschen und Grenzen in Bewegung, Berlin 1994
- Nauck, Bernhard, Zwanzig Jahre Migrantenfamilien in der Bundesrepublik, Familiärer Wandel zwischen Situationsanpassung, Akkulturation und Segregation, in: Nave-Herz, Rosemarie (Hg.), Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, S.279-299, Stuttgart 1988
- Nauck, Bernhard, Die (Reproduktions-)Arbeit tun die anderen oder: Welchen Beitrag leisten Gruppen traditioneller Lebensführung für die Entstehung moderner Lebensstile?, in: Berliner Journal für Soziologie, H.2, S.203-216, 1994a
- Nauck, Bernhard, Bildungsverhalten in Migrantenfamilien, in: Büchner, Peter u. a., Kindliche Lebenswelten Bildung und innerfamiliäre Beziehungen, Materialien zum 5. Familienbericht, Bd. 4, S.105-141, München 1994
- Pasero, Ursula, Familienkonflikte in der Migration, Eine rechtssoziologische Studie, Wiesbaden 1990
- Radtke, Frank-Olaf, Multikulturalismus - Vier Formen der Ethnisierung, in: Frankfurter Rundschau, 19.6.1990, abgedr. in: Bade, Klaus J., Ausländer - Aussiedler - Asyl in der Bundesrepublik Deutschland, S. 149f., Hannover/Bonn 1992
- Rätzl, Nora, Migranten und Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt - Formen der Diskriminierung, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit/IZA, H.3/4, S.26-33, 1995
- Rerrich, Maria, Familie heute, Kontinuität oder Veränderung, in: Jurczyk, Karin, Rerrich, Maria S. (Hg.), Die Arbeit des Alltags - Beiträge zu einer Soziologie der alltäglichen Lebensführung, S.112-132, Freiburg/Breisgau 1993
- Ruddick, Sue, Die Flintstones aufknacken, Zur Neuordnung der modernen Familie, in: Eichhorn, Cornelia, Grimm, Sabine (Hg.), Gender Killer, Texte zu Feminismus und Politik, S.129-137, Berlin/Amsterdam 1995
- Schepker, Renate, Eberding, Angela, Der Mädchenmythos im Spiegel der pädagogischen Diskussion, Ein empirisch fundierter Diskussionsbeitrag zu Stereotypen über Mädchen türkischer Herkunft, in: Zeitschrift für Pädagogik, 42. Jg., Nr. 1, S.111-126, 1996
- Schweitzer, Helmuth, Der Mythos vom interkulturellen Lernen, Zur Kritik der sozialwissenschaftlichen Grundlagen interkultureller Erziehung und subkultureller Selbstorganisation ethnischer Minderheiten am Beispiel der USA und der Bundesrepublik Deutschland, Münster/Hamburg 1994

- Sonderforschungsbereich 333 an der Universität München, Entwicklungsperspektiven von Arbeit
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1995, S.67 und S. 84
- Wolbert, Barbara, Der getötete Paß, Rückkehr in die Türkei, Eine ethnologische Migrationsstudie, Berlin 1995
- Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ - Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik, hg. v. Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn 1994